

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Globalisierung & Eine Welt	10
Klima & Energie	12
Konsum & Verbraucherschutz	15
Landwirtschaft & Gentechnik	16
Naturschutz & Biodiversität	18
Tierschutz & Ethik	20
Umweltpolitik & Umweltrecht	20
Verkehr & Tourismus	25
Wasser & Meere	26
Wirtschaft & Ressourcen	27

VERBÄNDE



Thema: Mobilität	29
DNR intern	30
Aus den Verbänden	30
Preise & Ausschreibungen	31

SERVICE

Termine	32
Impressum	32

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst Umweltbildung	33
Schwerpunkt: Pläne 2013	

THEMEN DES MONATS

Biodiversität

Findige Artenfinder

Wie Verwaltung, Wissenschaft und Ehrenamt kooperativ die Qualität von Daten sichern

Seite 2

US-Umweltpolitik

Klimaschutz, American Style

Perspektiven der amerikanischen Klimapolitik in der neuen Amtszeit des Präsidenten

Seite 4

Ressourcenpolitik

Schonende Nutzung stärken

Das 7. Umweltaktionsprogramm bietet Chancen, für einen sparsamen Einsatz von Ressourcen

Seite 6

Interview: Energiepolitik

„Strompreise transparent machen“

Für eine gerechte Verteilung der Energiekosten müssen einkommensschwache Haushalte entlastet werden

Seite 13

THEMENHEFT

Ressource: Abfall

Beilage

Biodiversität

Findige Artenfinder

Wie Verwaltung, Wissenschaft und Ehrenamt kooperativ die Qualität von Daten sichern

Ohne Fakten keine Entscheidungen – das gilt für Umweltpolitik ebenso wie für Naturschutzmaßnahmen. Doch ohne das Engagement vieler Ehrenamtlicher wäre die Erfassung von großen Datenmengen kaum möglich. In Rheinland-Pfalz wurde ein Koordinationsprojekt entwickelt, das die gesammelten Angaben der Öffentlichkeit zur Verfügung stellt und Fehlbestimmungen von Arten möglichst verhindert. ■ VON OLIVER RÖLLER, POLLICHIA

„Bürgerwissenschaft“ oder Citizen Science heißt das Zauberwort, um naturinteressierte Menschen zu motivieren, ihre Beobachtungen mitzuteilen und damit gleichzeitig den Informationsstand der Verwaltung über Artenvorkommen zu verbessern. Zwar eignen sich nicht alle Tier- und Pflanzenarten für die Meldung durch Laien, doch mit gezielten Aufrufen und der nötigen Infrastruktur lassen sich beachtliche Erfolge erzielen.

In Rheinland-Pfalz können Naturliebhaber, Laien und ExpertInnen gleichermaßen ihnen bekannte Tier- und Pflanzenvorkommen melden. Die Landesnaturschutzverbände von BUND, NABU und POLLICHIA haben gemeinsam mit der rheinland-pfälzischen Landesnaturschutzverwaltung das „Artenfinder“-Melde-System entwickelt. Die Daten-Koordinierungsstelle (KoNat) befindet sich bei der POLLICHIA, einem bereits 1840 gegründeten Verein für Naturforschung und Landespflanze.

Dieses Beispiel könnte auch in anderen Bundesländern Schule machen und den Wissensstand über die heimische Biodiversität erheblich verbessern helfen. Wird das Ganze professionell koordiniert und finanziert, können die Daten auch der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt und so von vielen zu unterschiedlichen Zwecken genutzt werden.

Der Artenfinder verfolgt primär zwei Ziele:

- Daten von gesetzlich geschützten, wild lebenden Tieren und Pflanzen in Rheinland-Pfalz zu sammeln, ihre Richtigkeit zu prüfen, um sie dann dem behördlichen Naturschutz und dem

Verbandsnaturschutz zur Verfügung zu stellen.

- Naturinteressierte, speziell an den heimischen Tieren und Pflanzen interessierte BürgerInnen, zu informieren und sie anzuleiten, geschützte Arten zu erkennen und zu melden.

Anforderungen an die gemeldeten Informationen

Die Anforderungen an eine Meldung sind denkbar einfach: Wer hat wo, wann, was gesehen? Diese vier Informationen genügen, um eine Meldung in das System einzugeben. Durch Eintrag des Fundortes in eine Karte und durch Eingabe der gefundenen Arten über Auswahlfelder wird der Meldevorgang vereinfacht.

Damit eine möglichst hohe Datenqualität sichergestellt wird, sollen Melder, die den Betreibern des Portals nicht als ArtenkennerInnen bekannt sind, ihre Meldungen mit einem Fotobeleg einreichen. Die Meldeseite bietet dazu die Möglichkeit Beobachtungsfotos mit einer maximalen Bildgröße von einem Megabit bequem zu übermitteln. Erfahrene KartiererInnen können ihre Beobachtungen selbstverständlich auch ohne Fotobeleg übermitteln. Zusatzangaben zu einem jeweiligen Fund können in ein Bemerkungsfeld eingetragen werden. Eine Exportfunktion für die eigenen Daten wird vom System angeboten.

Kooperationen mit verschiedenen Einrichtungen gewährleisten, dass die Melde-rinnen und Melder zu ihren übertragenen Fundangaben Rückmeldungen bekommen und zum Beispiel bei Fehlbestimmungen auf die wichtigen Merkmale zur richtigen Artbestimmung hingewiesen werden.

Gewährleistet wird außerdem, dass die im Artenfinder gesammelten Daten der Landesforschung und dem Naturschutz in Rheinland-Pfalz zugutekommen. So existieren zum Beispiel Schnittstellen zum Landschaftsinformationssystem des Landes Rheinland-Pfalz (LANIS) oder auch zur Landesdatenbank Schmetterlinge des Arbeitskreises Entomologie der POLLICHIA. Um Daten zusammen mit anderen Bundesländern deutschlandweit zu präsentieren, besteht die Möglichkeit, seine eigenen Artenfinder-Daten an den Naturgucker (www.naturgucker.de) zu übermitteln. Umgekehrt werden auch ausgewählte Naturgucker-Daten vom NABU Rheinland-Pfalz in den Artenfinder übertragen. Eine Zusammenarbeit auch mit anderen Meldesystemen wie ornitho.de wird angestrebt.

Anforderungen an Technik und Personal

Im Gegensatz zu früher können wir heutzutage die Möglichkeiten, die uns das Internet sowie die Ortsbestimmung über Satellitensysteme (GPS-Technologie) bieten, dazu nutzen, Citizen-Science-Projekte im naturkundlichen Bereich erfolgreich durchzuführen. Die technischen Voraussetzungen zu schaffen und aufrechtzuerhalten, um BürgerInnen mit unterschiedlichsten Artenkenntnissen das Melden von Tier- und Pflanzenvorkommen in ein gemeinsames Projekt – eine gemeinsame Artendatenbank – zu ermöglichen, ist jedoch nur eine Seite des Erfolges.

Für die Pflege des Gemeinschaftsportals (Social Network) und für dessen Bewerbung muss von Anfang an in angemessenem Umfang Personal eingeplant

werden. Im Artenfinder-Projekt werden eingehende Meldungen möglichst täglich bearbeitet. Regelmäßig gibt es unterschiedliche Fortbildungsangebote wie Vorträge, Workshops, gemeinsame Artenfinder-Kartiertage und andere Veranstaltungen. Um einen möglichst breiten Personenkreis auf das Projekt aufmerksam zu machen, bemühen sich die Verantwortlichen ständig um Präsenz in den öffentlichen Medien. Alle Artenfinder erhalten einen Newsletter und regelmäßig werden art- beziehungsweise gebietsbezogene Meldekampagnen organisiert und durchgeführt.

Mit einer Aufbau- und Startfinanzierung ist es also nicht getan. Im Gegenteil: Das eingangs genannte Ziel des Artenfinder-Projektes, Naturinteressierte – speziell an den heimischen Tieren und Pflanzen interessierte Bürger – zu informieren und sie anzuleiten, geschützte Arten zu erkennen und zu melden, ist nicht von heute auf morgen zu erreichen, sondern nur über einen längeren Zeitraum. Genauso wenig wie das zweite genannte Ziel, Daten von gesetzlich geschützten, wild lebenden Tieren und Pflanzen in dem jeweiligen Bundesland gemeinsam mit den BürgerInnen zu sammeln, ihre Richtigkeit zu prüfen, um sie dann dem behördlichen Naturschutz und dem Verbandsnaturschutz zur Verfügung zu stellen.

Diese Erkenntnisse sind zwar alles andere als neu, müssen aber immer wieder betont werden! Genauso wie weiterhin darauf hingewiesen werden muss, dass wir gegenwärtig einen Verlust an Artenkenntnis in der Bevölkerung verzeichnen und die Zahl der ehrenamtlichen Kartierer im klassischen Sinne weiter zurückgeht. Citizen-Science-Meldeprojekte wie der Artenfinder wirken diesem Negativtrend nachweislich entgegen, weil es damit gelingt, neue Bevölkerungsgruppen für das Thema zu gewinnen.

Ermutigende Ergebnisse

In den ersten 20 Monaten seit Inbetriebnahme des Systems wurden rund 70.000 Vorkommen von Tieren und Pflanzen in Rheinland-Pfalz gemeldet und geprüft. Die meisten Daten von Tierarten betref-

fen Vögel, gefolgt von Schmetterlingen. Auch der Bestand einzelner Tierarten wie Hirschkäfer oder Haselmaus konnte mit eigenen Kampagnen erfasst werden. Im letzten Jahr beteiligten sich beispielsweise zahlreiche Naturinteressierte an der Beobachtung von Rotmilanen, von denen über 10.000 Paare in Deutschland brüten. In den letzten 20 Jahren ist die Anzahl der Rotmilane allerdings um 30 Prozent zurückgegangen – die Datensammlung im Jahr 2012 unterstützte ExpertInnen bei der genaueren Analyse der Vorkommen in Rheinland-Pfalz.

In den kommenden zwei Jahren werden im Rahmen eines durch das Bundesamt für Naturschutz und die Stiftung Natur und Umwelt Rheinland-Pfalz geförderten Projekts unter anderem Standards für die Qualitätssicherung und ein umfassendes E-Learning-Angebot speziell für solche Citizen-Science-Meldesysteme zu heimischen Tier- und Pflanzenvorkommen entwickelt.

Das Artenfinder-Meldeportal steht allen NaturbeobachterInnen auch außerhalb von Rheinland-Pfalz zur Eingabe ihrer Tier- und Pflanzenvorkommen kostenlos zur Verfügung. Die Weiterverwendung der Daten im behördlichen Naturschutz erfolgt bisher in Rheinland-Pfalz und in Nordrhein-Westfalen. Andere Bundesländer, insbesondere die jeweiligen Naturschutzverwaltungen, Landesnaturschutzverbände und naturforschenden Vereinigungen sollten prüfen, ob sie zukünftig in ähnlicher Weise Kooperationen schließen und entsprechende Artenfinder-Projekte anstoßen sollten. Dabei könnten sie von den bisherigen Erfahrungen in Rheinland-Pfalz profitieren.

Dr. Oliver Röller ist Geschäftsführer der POLLICHIA und Leiter der Koordinierungsstelle für Ehrenamtsdaten (KoNat) der kooperierenden Naturschutzverbände.

Kontakt:
Tel. +49 (0)6321 / 921768,
E-Mail: roeller@pollichia.de,
www.pollichia.de,
www.ff-rlp.de



Selbst Artenfinder werden

Wer mitmachen möchte, kann sich unter www.artenfinder.rlp.de anmelden und seine Artenfunde einbringen. So funktioniert das System:

- ▶ Jeder kann Beobachtungen von Tieren und Pflanzen melden. Um den kostenlosen Service nutzen zu können, muss man sich beim allerersten Besuch registrieren und erhält dann einen persönlichen Account.
- ▶ In der Rubrik „Erfassungen“ ist sichtbar, was bisher alles gemeldet wurde.
- ▶ Eigene Meldungen kann man unter der Rubrik „Online-Eingabe“ einspeisen: Auf dieser Eingabeseite kann man über einen Kartendienst den Fundort suchen. Mit dem Mauszeiger setzen die Nutzer auf der Karte am genauen Fundort einen blauen Markierungspunkt. Danach werden auf dem Eingabeformular die beobachtete Art, das Datum und die Anzahl der entdeckten Exemplare eingetragen. Abschließend sollte, falls vorhanden, noch ein Fotobeleag des Fundes ergänzt werden.
- ▶ Wichtig: Bis hierhin sind die Daten nur für den Nutzer sichtbar. Wer seine Beobachtungen an die Artenfinder-Gemeinschaft weiterleiten möchte, muss das kenntlich machen: Auf der „Erfassungen“-Seite werden dazu Häkchen bei jenen Arten gesetzt, deren Daten öffentlich zugänglich gemacht werden sollen. Wird „Verschieben“ angeklickt, öffnet sich ein Fenster, bei dem „Öffentliche Meldungen“ markiert werden muss.
- ▶ Wer über ein geeignetes Smartphone verfügt, kann damit auch direkt aus dem Gelände Funddaten an das Projekt melden. Eine entsprechende App gibt es kostenlos sowohl für iPhones als auch für alle Geräte, die mit Android laufen.

Wer Schwierigkeiten beim Anmelden oder bei der ersten Dateneingabe hat, kann sich jederzeit direkt an den Projektleiter Dr. Oliver Röller wenden.

- ▶ E-Mail: roeller@pollichia.de
- ▶ Tel. +49 (0)6321 / 921768

US-Umweltpolitik

Klimaschutz, American Style

Perspektiven der amerikanischen Klimapolitik in der neuen Amtszeit des Präsidenten

Nach der Wiederwahl von Barack Obama zum Präsidenten der Vereinigten Staaten setzen Umweltschützer erneut Hoffnung in neue Klimaschutzgesetze. Doch aus dem Kongress droht weiter Gegenwind. Verordnungen umgehen zwar den Kongress, müssen aber mit Fingerspitzengefühl erfolgen. Unverhoffte Emissionsreduktionen könnten durch die Umstellung auf Erdgas erfolgen, das in den USA konkurrenzlos günstig zu haben ist. ■ VON MANFRED GROSS

Der 7. November 2012 war kein guter Tag für die Aktionäre der amerikanischen Kohleunternehmen. Am Tag nach der Wiederwahl Barack Obamas zum Präsidenten der USA gaben die Aktien von Peabody Energy und Arch Coal um über zehn Prozent nach. In der Tat werden Kohleproduzenten einen schweren Stand in den nächsten Jahren in den Vereinigten Staaten haben – und damit ihr Schicksal mit Befürwortern eines rigorosen Klimaschutzes teilen. Denn in den USA droht weiterhin eine Blockadehaltung des Kongresses gegenüber Klimaschutzgesetzen. Womöglich wird Obama wie schon in seiner ersten Amtszeit Klimaschutzmaßnahmen mittels Verordnungen forcieren. Trotzdem wird der Kohlendioxidausstoß der USA sinken. Denn konkurrenzlos günstiges Erdgas ersetzt zunehmend die Kohle bei der Stromerzeugung.

Als Obama im Januar 2009 zum 44. Präsidenten der Vereinigten Staaten vereidigt wurde, schwärmte die Journalistin Margaret Kriz Hobson vom „grünsten Weißen Haus in der Geschichte“. Doch dieser Enthusiasmus erwies sich als verfrüht. Ein Großteil von Obamas Versprechungen entlarvte sich als Wahlkampfrhetorik. Dabei war Obama in einer glänzenden Ausgangslage. Die Wähler hatten ihm ein robustes Mandat für den versprochenen „Wandel“ erteilt und beide Kammern des Kongresses waren in demokratischer Hand. Doch Repräsentantenhaus und Senat konnten sich nicht auf ein Klimaschutzgesetz, dessen Herzstück ein landesweiter Emissionshandel war, einigen. Lediglich als Teil des Konjunkturprogramms 2009 wurden 40 Milliarden Dollar in die Entwicklung umweltfreundlicher Energieerzeugung

investiert. Die zunehmende Polarisierung der amerikanischen Politik drückte sich im Wahlerfolg der Republikaner bei den Zwischenwahlen im Herbst 2010 aus. Die Verabschiedung eines Klimaschutzgesetzes war damit endgültig vom Tisch. Der republikanische Abgeordnete Allen West höhnte gar: „Ich glaube an den Klimawandel – Winter, Frühling, Sommer oder Herbst.“

Zunehmende Polarisierung im Kongress

Im Wahlkampf 2012 spielte der Klimawandel keine Rolle. Vielmehr dominierten wirtschafts-, außen- und energiepolitische Themen die Agenda. Noch im April 2012 hatte Obama in einem Interview mit dem Rolling Stone Magazin versprochen, er sei überzeugt, dass weitere Schritte in Sachen Klimawandel erforderlich seien. Bei den Wahlen 2012 blieb das Repräsentantenhaus in republikanischer Hand. Im Senat konnten die Demokraten ihre Mehrheit zwar um zwei Sitze ausbauen, blieben aber unter der Filibuster-sicheren⁽¹⁾ Mehrheit von 60 Mandaten. Der Trend zur Polarisierung im Kongress scheint indes ungebrochen. Mark Lilla, Professor für Ideengeschichte an der Columbia University, befürchtet, die Republikaner würden sich weiter nach rechts orientieren, in dem Glauben, Mitt Romney habe verloren, weil er zu moderat war. Bei den Demokraten erlitten die fiskalkonservativen, gemäßigten „Blue Dog Democrats“ Einbußen zugunsten links stehender Vertreter. Das Drama um den Sturz vom fiskalen Abgrund Ende des Jahres 2012 gab einen Vorgeschmack auf kommende Konfrontationen. Es steht zu befürchten, dass sich der Stillstand („gridlock“) im Kongress fortsetzt. Nicht

auszuschließen ist aber, dass sich die Abgeordneten die Hand reichen, zumal die Wähler eine starre Konfrontationspolitik nicht goutieren. In der vergangenen Legislaturperiode strafte sie den Kongress mit einer Zustimmungsrate von lediglich 20 Prozent ab.

Verständigung unwahrscheinlich, aber nicht ausgeschlossen

Im Vertrauen halten es Lobbyisten und Abgeordnete in Washington für denkbar, einen Kompromiss in der Energie- und Klimapolitik auszuhandeln. Selbst fiskalkonservative Republikaner wie der Lobbyist Grover Norquist können sich die Einführung einer Kohlendioxidsteuer unter der Bedingung vorstellen, dass zugleich die Einkommensteuersätze gesenkt werden. Der neue demokratische Vorsitzende des Senatsausschusses für Energie, Ron Wyden, gilt als Pragmatiker und der republikanische Vorsitzende des Unterausschusses für Energie im Repräsentantenhaus, Ed Whitfield, signalisierte Bereitschaft, mit Wyden zusammenzuarbeiten. Als Kompromisslösung sind eine Senkung des fossilen Energieverbrauchs und Investitionen in alternative Energien im Gegenzug zu weiterer Offshoreförderung und der Genehmigung der geplanten Keystone-XL-Pipeline, die Rohöl aus der kanadischen Provinz Alberta zu den amerikanischen Raffinerien an der Golfküste leiten soll, vorstellbar. Der Bau der Keystone-XL-Pipeline würde allerdings den Unmut der Non-Profit-Umweltorganisation League of Conservation Voters nach sich ziehen, die Obama während seines Wahlkampfes massiv unterstützt hat.

Chancen der Besteuerung von Kohlendioxidemissionen

Die entscheidende Frage ist jedoch, ob sich der Kongress zu einer Besteuerung des Kohlendioxidausstoßes im Rahmen einer allgemeinen Steuerform durchringen wird. Eine Studie des Congressional Budget Office prognostiziert, eine Kohlendioxidsteuer könnte das Haushaltsdefizit bis 2022 zwischen zwölf Prozent und 50 Prozent senken. Mithin befürchten viele Mandatsträger im Kapitol, jede Form der Kohlendioxidbesteuerung würde ihnen den Stempel des Unterstüters einer Energiesteuer aufdrücken, was als politischer Selbstmord gilt. Paul Bledsoe, der unter Präsident Clinton für die Klimapolitik im Weißen Haus verantwortlich war, meint daher, eine Kohlendioxidsteuer hätte nur eine Chance, wenn sie aus ökonomischen, fiskalischen und budgetären Gründen – und nicht als Klimapolitik – den Abgeordneten und der Öffentlichkeit „verkauft“ würde. Die höchste Hürde eines umfassenden Gesetzespakets zur Klima- und Energiepolitik ist freilich die Zeit. Denn in nur zwei Jahren beginnen die Vorbereitungen auf den nächsten Präsidentschaftswahlkampf, und Wirtschafts- und Einwanderungspolitik stehen auch auf dem Tableau. Diese Themen könnten die Kompromissfähigkeit des Kongresses bis 2014 absorbieren.

Regieren mit Verordnungen

Aufgrund der Blockadehaltung der Legislative der letzten Jahre setzte Obama klimapolitische Ziele mittels Verordnungen durch, da Verordnungen auf Grundlage des Clean Air Acts von 1970 keiner Zustimmung des Kongresses bedürfen. So etablierte die Umweltbehörde Environmental Protection Agency (EPA) im Frühjahr 2012 strenge Regulierungen für neue Kohlekraftwerke und erhöhte die Effizienzvorgaben für Kfz im April 2010 und August 2012. Zu diesem Instrument könnte Obama bei einem Stillstand im Kongress in seiner zweiten Amtszeit abermals greifen. Im Frühjahr 2013 werden ohnehin neue Kohlendioxid-, Ruß- und Smogregulierungen von bestehenden Kraftwer-

ken der EPA erwartet. Gleichwohl sind dem Regieren mit Verordnungen Grenzen gesetzt. So entschieden zwei Berufungsgerichte im Sommer 2012, die EPA habe ihre Kompetenzen überschritten. Zudem wird Obama Fingerspitzengefühl beweisen müssen, nicht zuletzt weil die Swing States Colorado, Ohio und Virginia auf Kohlebergbau und kohleerzeugten Strom angewiesen sind.

Klimaschutz im Schlepptau des Fracking

Begünstigt werden könnte die Klimabilanz der Vereinigten Staaten aber von anderer Seite, nämlich dem massiven Anstieg der Förderung und Verstromung von Erdgas. Mittels neuer Techniken wie dem horizontalen Bohren und Fracking⁽²⁾ werden bisher schwer zugängliche Erdgasvorkommen gefördert. Obama schrieb die gestiegene Produktion des Erdgases öffentlichen Forschungsgeldern zu, tatsächlich ist sie ein Erfolg der Privatwirtschaft. Als Folge der erhöhten Produktion sind die Erdgaspreise auf ein Rekordniveau gefallen. Zunehmend stellen die Versorgungsgesellschaften die Stromproduktion von Kohle auf Gas um. So ist im ersten Halbjahr 2012 der Anteil der Stromerzeugung aus Kohle um 17 Prozent gegenüber der Vorjahresperiode gefallen, im April 2012 wurde sogar gleich viel Strom durch Gas wie durch Kohle erzeugt (rund 30 Prozent).⁽³⁾ Entsprechend sind die Kohlendioxidemissionen der USA in den ersten neun Monaten des Jahres 2012 um rund fünf Prozent gegenüber der Vorjahresperiode gesunken, denn die Stromproduktion aus Erdgas emittiert lediglich gut halb so viel Kohlendioxid wie die Herstellung aus Kohle.⁽⁴⁾ Nicht ohne Grund feiert daher der Direktor des Programms für Energiesicherheit und Klimaschutz des Council on Foreign Relations, Michael Levi, Fracking als „großartige Nachrichten für den Klimaschutz“. Die in Europa vortragenen ökologischen Bedenken gegenüber Fracking finden in Amerika hingegen kaum Gehör. Obama unterstützt den neuen Erdgas-Boom massiv und schwärmte im Wahlkampf, die USA hätten „600.000 Jobs unter den Füßen“. Daher geht niemand davon aus, dass die im Frühjahr 2013 er-

warteten neuen Regulierungen des Fracking seitens der EPA die Gasproduktion ernsthaft einschränken werden.

Annäherung des Kohlendioxidausstoßes der USA und der EU

Der Kohleindustrie stehen damit schwierige Zeiten bevor. Sie sucht nun ihr Heil im Export. Nach Europa wurden im Jahr 2012 bereits große Mengen amerikanischer Kohle verschifft. Denn in Europa sind die Gaspreise, für die im Gegensatz zu Öl und Kohle kein Weltmarktpreis existiert, rund viermal so hoch. Gründe für die hohen europäischen Gaspreise sind die starke Bindung an russische Importe, die fehlende Infrastruktur für verflüssigtes Erdgas (Liquefied Natural Gas, LNG) und die Skepsis weiter Teile der europäischen Bevölkerung gegenüber Fracking. Ironie dieser Trends ist, dass sich die Kohlendioxidemissionen der Vereinigten Staaten trotz nur schrittweiser Klimapolitik denen der von der Energiewende geleiteten EU annähern.

Anmerkungen

- ▶ (1) „Filibuster“ nennt man eine Minderheitentaktik im US-Senat, durch lange ermüdende Wortmeldungen – und das gleichzeitige Nutzen der neu gewonnenen Zeit für Lobbyarbeit bei den Abgeordneten mit Mehrheitsmeinung – einen Beschluss zu verzögern oder zu verhindern.
- ▶ (2) Fracking ist eine Methode, bei der mit Chemikalien versetzte Flüssigkeit in Tiefenbohrungen gepresst wird, um Öl- und Gas aus schwer zugänglichem Speichergestein zu fördern.
- ▶ (3) Monthly Energy Review – December 2012. U.S. Energy Information Administration. 21.12.2012. S. 95, S. 158.
- ▶ (4) Pirog, R.; Ratner, M.: Natural Gas in the U.S. Economy: Opportunities for Growth. CRS Report R42814. Congressional Research Service. 06.11.2012. S. 24.

Manfred Groß ist Politologe und Historiker. Er ist regelmäßiger Rezensent für die „Politischen Studien“.



Kontakt:
Tel. +49 (0)175 / 5617967,
E-Mail: mjgross@t-online.de

Ressourcenpolitik

Schonende Nutzung stärken

Das 7. EU-Umweltaktionsprogramm bietet Chancen für einen sparsamen Einsatz von Ressourcen

Aus ressourcenpolitischer Sicht kann das neue Umweltaktionsprogramm der EU zu einem Meilenstein werden. Es gibt dem Ressourceneffizienzfahrplan ein größeres Gewicht. Damit dessen Ziele nicht auf der Strecke bleiben, ist es allerdings notwendig, diese verbindlich zu formulieren. Vorschläge wie der Abbau umweltschädlicher Subventionen oder die Ausweitung der Ökodesignrichtlinie dürfen nicht verwässert werden. ■ VON ULRIKE MEINEL, NABU

Über das 7. Umweltaktionsprogramm (UAP) verhandeln der EU-Ministerrat und das EU-Parlament gleichberechtigt. Dadurch erlangen die gesetzten Ziele und Maßnahmen verbindlichen Charakter. Das bedeutet, dass wichtige Eckpfeiler des europäischen Ressourceneffizienzfahrplans deutlich höheres Gewicht erhalten, wenn sie ihren Weg ins 7. UAP finden. Dabei ist zweierlei wichtig: Erstens müssen die zentralen strategischen Punkte einfließen, zweitens müssen in Brüssel auch tatsächlich solche Formulierungen gewählt werden, die die Verbindlichkeit gewährleisten. Daher reicht es nicht aus, dass bei den ressourcenpolitischen Zielen und Indikatoren im Kommissionsentwurf zum 7. UAP lediglich auf den laufenden Stakeholderprozess der Europäischen Ressourceneffizienzplattform (EREP) verwiesen wird. Stattdessen ist im 7. UAP festzulegen, dass die Ressourceneffizienzziele, die die EREP derzeit entwickelt, in Zukunft verbindlich gelten werden.

Auf die Formulierung kommt es an

Das Wort „verbindlich“ fehlt auch an den maßgeblichen Stellen im Kommissionsentwurf, welche die Entwicklung von sektoralen Zielen vorsehen. So soll der Ressourcenverbrauch in den ressourcenintensivsten Konsumsparten – Nahrung, Wohnen und Mobilität – verringert werden. Auch hier muss das 7. UAP Formulierungen enthalten, die die Verbindlichkeit der zu entwickelnden Ziele sicherstellen. Entscheidend wird außerdem sein, dass solche strategischen Pfeiler des Kommissionsentwurfs, die in die richtige Richtung weisen, im weiteren Prozess zwischen den

europäischen Institutionen nicht verwässert, sondern gestärkt und präzisiert werden. Dies betrifft insbesondere die Politikmaßnahmen, die bisher auf Freiwilligkeit beruhen, und die die Kommission nun um marktbasierende Instrumente ergänzen will.

Schädliche Subventionen abbauen und Steuern auf Ressourcen einführen

Hierzu gehören der Abbau umweltschädlicher Subventionen, die Einführung von Ressourcensteuern sowie die Einpreisung von Ökosystemdienstleistungen. Solche marktbasierenden Instrumente sind von herausragender Bedeutung, da die bestehenden Herausforderungen nicht allein durch freiwillige Maßnahmen oder Förderprogramme zu bewerkstelligen sind. So betont das International Resource Panel der Vereinten Nationen, dass die Industrieländer ihren Ressourcenverbrauch bis 2050 auf weniger als ein Drittel des heutigen Verbrauchs senken müssen, um halbwegs nachhaltig zu wirtschaften. Marktbasierende Instrumente sind daher im weiteren Prozess beizubehalten und zu stärken. Die Zielmarke von zehn Prozent Umweltsteuern bis 2020, die der Ressourceneffizienzfahrplan vorsieht, sollte als Ziel in das 7. UAP übertragen werden.

Bereits heute besitzt die Europäische Union weitreichende Kompetenzen in der Produktpolitik. Dies gilt es, im Sinne einer konsequenten Politik der Ressourcenschonung zu nutzen. In der Tat sieht der Kommissionsentwurf zum 7. UAP vor, Politiken für nachhaltiges Produzieren und Konsumieren auszuweiten. Insbesondere soll die Ökodesignrichtlinie um Aspekte der Ressourceneffizienz erweitert werden.

Dies ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Die ohnehin anstehende Reform der Ökodesignrichtlinie sollte dazu genutzt werden, einen echten Durchbruch bei der Schonung von Ressourcen zu erzielen.

Wettbewerb um ressourceneffizienteste Waren anfacen

Dies könnte gelingen, wenn das sogenannte Top-Runner-Prinzip eingeführt wird. Mit dieser Regelung setzen die ressourceneffizientesten Produkte nach einer gewissen Zeit den Standard innerhalb einer Produktgruppe und schlechtere Produkte müssen vom Markt genommen werden. Durch die Einführung eines Top Runners würden die Hersteller um die Entwicklung der ressourceneffizientesten Produkte konkurrieren – ein Ansatz also, der mithilfe von Marktkräften Ressourcen schont. Die Entwicklung eines Ressourcen-Top Runners muss daher als strategisches Ziel ins 7. UAP aufgenommen werden.

Mit Blick auf die Produktpolitik fehlen im Kommissionsentwurf zum 7. UAP aber Maßnahmen, um ressourcenverschwendende Geschäftspraktiken einzudämmen. Das betrifft vor allem den von Herstellern kalkulierten vorzeitigen Verschleiß und Funktionsverlust von Produkten, die sogenannte geplante Obsoleszenz. Um solchen Praktiken entgegenzuwirken, sollte im 7. UAP die Ausweitung von Gewährleistungs- und Garantiezeiten für bestimmte Produktgruppen auf den Weg gebracht beziehungsweise verlängert werden. Für den Ressourcenschutz ist darüber hinaus die öffentliche Beschaffung sehr bedeutend, die 20 Prozent der Binnennachfrage ausmacht. Hier sieht der Kommissions-

entwurf unverständlicher Weise vor, bis zum Jahr 2020 lediglich 50 Prozent umweltfreundliche öffentliche Beschaffung zu erreichen. Zum Vergleich: In Japan liegt die Rate bereits heute nahe der 100-Prozent-Marke. Das Ziel einer 100-prozentigen grünen öffentlichen Beschaffung bis zum Jahr 2020 sollte daher auch in das 7. UAP eingefügt werden.

Mitgliedstaaten müssen ihre Hausaufgaben machen

Ein Haupthindernis für den Ressourcenschutz in Europa ist die mangelhafte Implementierung von Umweltrecht. Ein besonders gravierendes Beispiel stellt die Abfallpolitik dar: Die Abfallrahmenrichtlinie wird mangelhaft umgesetzt, zum Beispiel in puncto Abfallhierarchie, und auch Recyclingquoten aus der Verpackungsrichtlinie werden in den Mitgliedstaaten nicht ausreichend eingehalten.

Obwohl sie diese Versäumnisse selbst zu verantworten haben, kündigten die EU-Umweltminister bei ihrem Treffen im Dezember 2012 Widerstand gegen Passagen aus dem Kommissionsvorschlag zum 7. UAP an, die der Verbesserung der Implementierung dienen. Vorbehalte äußerten sie vor allem gegen Mechanismen von „Inspections and Surveillance“, da die Mitgliedstaaten Eingriffe in das Subsidiaritätsprinzip befürchten. Die europäischen Institutionen stehen ebenso wie die Mitgliedstaaten in der Pflicht, sich für eine zukunftsfähige Ressourcenpolitik einzusetzen.

Die Politikwissenschaftlerin und Ethnologin Ulrike Meinel ist seit 2011 Referentin für Ressourcenpolitik beim NABU.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 /
2849841178,
E-Mail:
ulrike.meinel@nabu.de,
www.nabu.de



EU-Politik für ein gutes Leben innerhalb ökologischer Grenzen?

Das neue Umweltaktionsprogramm der EU verspricht ein gutes Leben auf unserem Planeten. Damit dies erreicht werden kann, müssen die EU-Länder bei Umweltvorhaben sparsamer mit dem Rotstift umgehen, findet Antje Mensen vom DNR.

Die EU-Kommission hat Ende November 2012 ihr Umweltaktionsprogramm (UAP) vorgelegt, das die europäische Umweltpolitik bis 2020 leiten soll. Laut Titel soll das Programm sicherstellen, dass wir 2050 innerhalb der ökologischen Tragfähigkeitsgrenzen des Planeten gut leben. Ob das Programm, auf das sich Rat, Parlament und Kommission im nächsten Jahr einigen werden, dieses hehre Ziel erfüllen wird, ist indes mehr als fraglich.

Die Pläne, die die Kommission auf den rund 40 Seiten vorschlägt, klingen zunächst vielversprechend. Unser Ressourcenverbrauch soll sinken, die Wirtschaft CO₂-arm werden, die Umsetzung von Umweltrecht verbessert sowie ökologische Steuerreform und der Abbau umweltschädlicher Subventionen vorangetrieben werden. Der Haken an der Sache ist nur: Die Kommission schlägt keine quantitativen und verbindlichen Ziele und nur wenige konkrete Maßnahmen vor, wie wir diesen Zielen näherkommen können. Nutzt man aber nicht die Verbindlichkeit, so wird die wichtigste Chance vertan, die das 7. UAP bietet: einen Kompromiss auszuhandeln, mit dem sich alle drei EU-Institutionen identifizieren und demgegenüber sie sich verpflichtet fühlen.

Eine lobenswerte Ausnahme ist dabei die Bodenschutzrichtlinie, die die Kommission mit dem UAP wieder ins Spiel bringt. Es bleibt zu hoffen, dass die ablehnenden Reflexe in der deutschen Bundesregierung und bei anderen Blockierern sich nicht im Ministerrat und gegen ein starkes Parlament durchsetzen. Europaweite Standards für den Bodenschutz hätten ein großes Potenzial für den Schutz von Klima, Gewässern und Biodiversität. Dass Deutschland sich seit Jahren gegen die Richtlinie sperrt, ist verständlich, vor allem wenn man bedenkt, dass es eines der EU-Länder ist, das bereits gute Standards für Böden hat.

Im Bereich Klimaschutz steht im Programm lediglich, dass demnächst Vorschläge zu Klima- und Energiezielen nach 2020 kommen sollen. Die Kommission verpasst damit die letzte Chance, das

EU-Ziel für 2020 auf 30 Prozent anzuheben. Auch ob die Ziele verbindlich werden sollen, lässt die Kommission offen. Ein Versäumnis, das die EU auch auf dem Klimagipfel in Doha ihre Vorreiterrolle in der internationalen Klimapolitik endgültig einbüßen ließ und die aktuelle Handlungsunfähigkeit in Umweltfragen angesichts der Eurokrise zur Schau stellte.

Dabei hätte das Umweltaktionsprogramm wirklich Potenzial, eine Transformation des gesamten Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, weg von einem fossilen und ressourcenintensiven System, hin zu einem ökologisch nachhaltigen, voranzutreiben. Dabei muss die Wirtschaft ganz klar den ökologischen Grenzen unseres Planeten untergeordnet werden, wie die Kommission auch in ihrem Titel des Programms anerkennt. Die viel zitierte (und viel geschmähte) Green Economy darf also vom Weg zu einer Gesellschaft, die nicht mehr auf Wachstum ausgerichtet ist, nicht ablenken. Ob wir im Jahr 2050 noch immer Wachstum haben wollen, wie die Kommission in ihrer „Vision“ annimmt, ist dabei mehr als fraglich. Dass das UAP diese Transformation nicht alleine vollziehen kann, ist klar. Es muss der ökologische Pfeiler einer wiederbelebten Nachhaltigkeitsstrategie werden, um sein volles Potenzial zu entfalten.

Die zentrale Frage, die man sich stellen muss, ist aber leider eine ganz andere. Sie lautet derzeit nicht, ob es möglich sein wird, den Kommissionsentwurf in den Verhandlungen zu stärken, sodass das Programm seiner Überschrift wirklich entsprechen kann. Es wird vielmehr darum gehen, wie sich verhindern lässt, dass die krisen- und sparfixierten Mitgliedstaaten den Entwurf aufs Unkenntliche verwässern und bei allen konkreten Vorhaben den Rotstift ansetzen.

Antje Mensen ist in der EU-Koordination des DNR für die verbandspolitische Arbeit zum 7. UAP zuständig.

**Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 6781775-86, E-Mail:
antje.mensen@dnr.de, www.dnr.de**

ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

Elektroschrott**Ordnungspolitischer Hebel unzureichend genutzt**

■ Die Hamburger Stiftung für Wirtschaftsethik hat eine neue Studie zu Elektrorecycling veröffentlicht. Die Untersuchung ermittelt zu einen verschiedene ethische Risikofelder, wie zum Beispiel Umweltbelastungen oder Gesundheitsrisiken. Zum anderen widmet sie sich der Frage, warum bestehende Regelungen ungenügend umgesetzt sind. Laut Studie liegt das unter anderem an mangelnden Kontroll- und Sanktionsmechanismen. [ib]

- ▶ Studie Elektrorecycling (PDF): www.kurzlink.de/era-e-recycling1/13

Abfallwirtschaft**Wettbewerb senkt Kosten**

■ Das Bundeskartellamt hat im vergangenen Dezember die Ergebnisse seiner Untersuchung „duale Systeme“ veröffentlicht. Demnach habe die Wettbewerbsöffnung für unterschiedliche Anbieter zusätzlich zum Dualen System Deutschland (DSD) dazu geführt, Kosten einzusparen und die Qualität zu verbessern. Kartellrechtliche Maßnahmen hätten es inzwischen neun Anbietern in Deutschland ermöglicht, Rücknahme und Verwertung von Verpackungen zu organisieren. Die Sammlung funktioniere nach wie vor zuverlässig und die Recyclingquoten seien nicht gesunken.

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) sieht die vom Bundeskartellamt angeführten Kosteneinsparungen kritisch: Diese seien zulasten der Mitarbeiter und der Umwelt gegangen. Die Beschäftigten der Verpackungsentsorgungsbranche sei im Vergleich zu anderen kaum von Tarifvereinbarungen geschützt. Auch die Umwelt profitiere nicht. Bei den Leichtver-

packungen werde nur die gesetzlich vorgeschriebene Recyclingquote erfüllt, zwei Drittel der gesammelten Mengen würden verbrannt. [jg]

- ▶ www.kurzlink.de/kartellamt-dsd
- ▶ www.kurzlink.de/vku-116-12

Pflanzenschutzmittel**Gefahr für Landwirte**

■ Wissenschaftler aus Dresden haben herausgefunden, dass das Insektizid Rotenon die Symptome der Parkinson-Krankheit verstärkt oder sogar der Auslöser dafür sein kann. Dieser Befund bestätige die Vermutung, dass in der Landwirtschaft tätige Menschen öfter an Parkinson erkranken. Die Krankheit mache sich unter anderem durch starkes Muskelzittern bemerkbar. Die Symptome werden durch absterbende Dopamin-produzierende Nervenzellen im Gehirn ausgelöst. Außerdem hängen diese mit den Nervenverbindungen zwischen Darm und Gehirn zusammen. [hk]

- ▶ www.derstandard.at/1353208367089/

Weichmacher**Frankreich verbietet BPA in Lebensmittelbehältern**

■ Ab 2015 dürfen Babyflaschen, Plastikgefäße oder Konservendosen auf dem französischen Markt nicht mehr die hormonell wirksame Chemikalie Bisphenol A (BPA) enthalten. Das beschlossen Mitte Dezember beide Kammern des Parlaments in Paris nach einer mehr als einjährigen Debatte.

Der Weichmacher BPA kommt in Produkten vor, die Polycarbonat enthalten, zum Beispiel in Behältern, die zur Verpackung und Aufbewahrung von Nahrungsmitteln verwendet werden. Auch für die Innenbeschichtung von Konservendosen oder Getränkebüchsen wird BPA eingesetzt. Über die Risikobewertung der Substanz streiten die Experten seit Langem. So erklärte die

Europäische Lebensmittelbehörde EFSA die Aufnahme von 50 Mikrogramm BPA pro Kilo Körpergewicht für unbedenklich.

Die französische Gesundheitsbehörde ANSES hingegen forderte im vergangenen Herbst die Europäische Chemikalienagentur ECHA auf, BPA als fortpflanzungsgefährdende Kategorie 1 einzustufen. Bisher gilt Kategorie 2: Verdacht auf Fortpflanzungsgefährdung. Der Antrag wird derzeit geprüft, voraussichtlich soll es dieses Jahr dazu eine öffentliche Konsultation geben. [mbu]

- ▶ Gesetzentwurf Frankreich: www.senat.fr/petite-loi-ameli/2012-2013/202.html
- ▶ ANSES: www.anses.fr

EU-Chemikalienverordnung**Neue Verbotsvorschläge**

■ Sieben Chromverbindungen sollen laut einem Verordnungsentwurf der EU-Kommission in den Anhang XIV der Chemikalienverordnung REACH aufgenommen werden. Damit könnten sie im weiteren Verfahren verboten oder stark eingeschränkt werden, da sie als besonders besorgniserregend gelten. Über Kobaltverbindungen soll es zunächst ein Dossier geben, das den Verdacht auf die besondere Gefährdung durch die Verbindungen belegt. Bei den Stoffen und Verbindungen, die in den Anhang XIV aufgenommen werden sollen, handelt es sich unter anderem um Trichlorethylen, Chromtrioxid sowie Natrium- und Kaliumdichromat. [jj]

- ▶ www.kurzlink.de/eu-17597-12

Internationale Chemikalienpolitik**UN-Abkommen zu Quecksilber verabschiedet**

■ In Genf haben sich Mitte Januar rund 140 RegierungsvertreterInnen auf eine globale Quecksilberkonvention verständigt. Zu den Ergebnissen zählen Export- und Importverbote zahlreicher quecksilberhal-

tiger Produkte bis 2020 – darunter Batterien, Thermometer und Blutdruckmessgeräte sowie Seifen und Kosmetika. Ausnahmen sollen bei medizinischen Geräten gelten, für die es zurzeit noch keine Alternativen gibt. Auch soll Quecksilber als Konservierungsmittel in Impfstoffen weiter gestattet sein. Amalgamfüllungen in Zähnen sollen reduziert werden, aber es gibt kein explizites Verbot.

Die beiden laut dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) größten Quellen von Quecksilberemissionen – kleinräumiger Goldbergbau und Kohlekraftwerke – unterliegen keinen verbindlichen Vereinbarungen. Vielmehr sollen Länder, in denen Gold mit Quecksilber gewonnen wird, in den ersten drei Jahren nach Inkrafttreten des Abkommens nationale Pläne entwickeln, wie der Gebrauch des giftigen Schwermetalls zu reduzieren ist.

Die Quecksilberemissionen aus Kohlekraftwerken, der Zink- und Goldgroßindustrie, Müllverbrennungsanlagen und Zementfabriken sollen in Zukunft weltweit kontrolliert werden. Die Regierungen vereinbaren, sich um eine Reduzierung der Emissionen aus solchen Anlagen zu bemühen. Neue Kohlekraftwerke sollen mit Filtern ausgerüstet werden. Etwa drei bis fünf Jahre wird es voraussichtlich dauern, bis das neue Abkommen ratifiziert ist.

EU-Umweltkommissar Janez Potočnik lobte das Abkommen. Die im Bündnis Zero Mercury zusammengeschlossenen Umweltverbände befürchten, dass weder das Tempo der Umsetzung verbindlicher Ziele noch die freiwilligen Vereinbarungen ausreichen, um das giftige Schwermetall wirksam zu bekämpfen. Durch die fehlenden verbindlichen Kontrollen für alte Kraftwerke werde das Vertragswerk erheblich geschwächt. Genauso kritisch sehen die Umweltverbände das fehlende Verbot von Quecksilber im Goldbergbau; mit der vorgeschlagenen Reduzierung werde sich an den Praktiken auf absehbare Zeit nichts ändern. Im Oktober soll das Abkommen in Japan offiziell unterzeichnet werden. [jg]

- ▶ www.kurzlink.de/unep-minamata-2013
- ▶ www.zeromercury.org

Jahr der Luft 2013

Luftqualität: Pläne, Umfrage, Konsultation, Forderungen

■ EU-Umweltkommissar Janez Potočnik hat 2013 zum „Jahr der Luft“ erklärt. Die EU-Kommission will die Gesetze zur Luftqualität in Europa überarbeiten. Hierzu

soll unter anderem die thematische Strategie zur Luftreinhaltung überprüft werden. Auch die Richtlinie über nationale Emissionshöchstmenge für bestimmte Luftschadstoffe (NEC-Richtlinie, 2001/81/EG), die Richtlinie über Luftqualität und saubere Luft für Europa (2008/50/EG) und die Richtlinie über Arsen, Kadmium, Quecksilber, Nickel und polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe in der Luft (2004/107/EG) kommen auf den Prüfstand. Das nächste Treffen verschiedener Interessenvertreter soll am 15. März stattfinden. Auch am 22./23. April steht Luftqualität auf der Agenda: beim informellen Umweltministerrat in Dublin.

Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger ist nicht zufrieden mit der Qualität der Luft in der Europäischen Union. Das ergab eine Eurobarometerumfrage, die im Januar veröffentlicht wurde. Fast vier Fünftel der Befragten wollen, dass die EU mehr gegen die Luftverschmutzung unternimmt. Als wirksamste Maßnahme für bessere Luft sprachen sich 43 Prozent für strengere Emissionskontrollen in der Industrie und bei der Energieerzeugung aus. Den Schadstoffausstoß von Industrie und Verkehr hielt die große Mehrheit der Befragten für den wichtigsten Faktor für die Luftverschmutzung. 70 Prozent der befragten EU-Bürger halten die erneuerbaren

Nachhaltigkeit

A-Z



S wie Strahlenbelastung

Vor lauter Begeisterung wird verdrängt, was eigentlich seit langem bekannt ist: Handys, Schnurlos-Telefone, WLAN und mobiles Internet verursachen eine Strahlenbelastung, von der wir alle täglich betroffen sind. Viele tausend Menschen in Deutschland macht das krank – und doch spricht kaum jemand offen darüber. Der Theologe und Publizist Werner Thiede gibt ausführlich Auskunft über die Risiken und Gefahren.

Werner Thiede
Mythos Mobilfunk
Kritik der strahlenden Vernunft
 302 Seiten, broschiert, 19,95 Euro, ISBN 978-3-86581-404-3

Erhältlich bei
www.oekom.de | oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft 

Energien für das beste Zukunftsmodell für eine saubere Energieversorgung.

Eine Konsultation zur EU-Luftqualitätspolitik läuft noch bis zum 3. März. Bei der öffentlichen Umfrage geht es unter anderem darum, die NEC-Richtlinie um eine Grenzwertsetzung für Feinstaub in der Größe von 2,5 Mikrometern (PM_{2,5}) zu erweitern, Regeln für leicht flüchtiges Methan zu ergänzen und über mögliche Fristverschiebungen zu debattieren. Außerdem spielen die Kohärenz zwischen EU-Luftreinhaltepolitik und -Klimapolitik, das Verbrennen von Landwirtschaftsabfällen und Emissionen kleinerer Verbrennungsanlagen eine Rolle. Außerdem geht es um Prioritätensetzung – was ist wichtiger, die menschliche Gesundheit oder der Umweltschutz?

Im Jahr der Luft hat ein Aktionsbündnis aus 18 europäischen Umweltverbänden gefordert, bestehende Grenzwerte zu verschärfen und Schlupflöcher zu schließen. Die in der Kampagne „Rußfrei fürs Klima“ zusammengeschlossenen Umwelt- und Verbraucherschutzverbände kritisierten die anhaltend hohe Luftschadstoffkonzentration in Deutschland und der EU und mahnten ein entschiedeneres Engagement Deutschlands zur Luftreinhaltung an. Partnerorganisationen übergaben Forderungskataloge für eine bessere Luftreinhaltepo-

litik in dreizehn europäischen Ländern an die nationalen Umweltministerien und an EU-Umweltkommissar Janez Potočnik. Ein Drittel der europäischen Großstädter sei zu hohen Feinstaubwerten ausgesetzt, wie eine aktuelle Studie der europäischen Umweltagentur belege. Die hohe Luftverschmutzung führe zu Herz-Kreislauf- und Atemwegserkrankungen, Asthma und knapp einer halben Million vorzeitigen Todesfällen. [jg, mbu]

- ▶ www.eu-koordination.de (EU-News – 06.12.2012 und 08.01.2013)
- ▶ Eurobarometer: www.kurzlink.de/flash360
- ▶ Konsultation: www.kurzlink.de/kons-airquality
- ▶ www.russfrei-fuers-klima.de

Schutz der Ozonschicht

Europa auf gutem Weg

■ Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben „signifikante Fortschritte“ bei der schrittweisen Reduzierung ozonschädigender Chemikalien gemacht. Das hat die Europäische Umweltagentur (EEA) festgestellt. Ein Bericht vom Dezember vergangenen Jahres enthält die Analyse der Verwendung und Produktion von mehr als 200 als ozonschädigend geltenden

Substanzen. Die Chemikalien, um die es geht, sind im 1987 beschlossenen Montrealer Protokoll über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen (ODS), und verschiedenen EU-Gesetzen geregelt. Im Vergleich zu früheren Erhebungen sei der Verbrauch von ODS inzwischen „extrem niedrig“, auch die Ein- und Ausfuhr seien seit 2006 kontinuierlich gesunken. Da ODS eine größere Wirkung auf den Klimawandel haben als CO₂, ist diese Reduktion auch ein Erfolg für den Klimaschutz, betont die EEA. [jg]

- ▶ EEA-Bericht: www.kurzlink.de/eea-ods-2012

GLOBALISIERUNG & EINE WELT

Chemieunfall in Bhopal

Profit auf Kosten anderer

■ Die Tageszeitung Die Welt hat im Dezember berichtet, dass die Menschen im indischen Bhopal immer noch unter den Nachwirkungen des Chemieunfalls vor 28 Jahren leiden. Dort waren Ende 1984 aus einer Chemiefabrik ätzende und giftige Gase ausgetreten. Über 15.000 Menschen

newsletter
Nachhaltigkeitsnews

Sie möchten ...

- ... regelmäßig die neuesten Informationen zu Umwelt und Nachhaltigkeit in Ihrem Postfach haben?
- ... »druckfrisch« über unsere Neuerscheinungen informiert sein?
- ... aktuelle Artikel aus unseren Zeitschriften online lesen?

Dann abonnieren Sie unseren monatlichen newsletter!

In alten Ausgaben schmökern oder gleich abonnieren unter:
www.oekom.de/newsletter

Die guten Seiten der Zukunft

 **oekom**
verlag

starben, eine halbe Million wurden entstellt oder verletzt. Viele der in Bhopal lebenden Menschen litten unter Unfruchtbarkeit oder Krebserkrankungen. Das Wasser in der Umgebung sei immer noch verseucht.

Der heutige Betreiber Dow Chemical übernehme nach wie vor keine Verantwortung für die Katastrophe und äußere sich nicht zu Vorwürfen seitens der Opfer, heißt es in dem Bericht. Weil die Entschädigungszahlungen für die benötigten Medikamente nicht ausreichen, würden viele unwissend an kostenlosen Medikamentenstudien großer Pharmaunternehmen teilnehmen. Behörden haben bereits bestätigt, dass aufgrund von den eingenommenen Medikamenten einige Testpersonen gestorben sind. [hk]

► www.welt.de/politik/ausland/article111789356

Wasserkraft

Stopp für Ilisu-Staudamm

■ Der Oberste Gerichtshof der Türkei hat im Januar einen Baustopp über das umstrittene geplante Wasserkraftwerk am Tigris verhängt. Zur Begründung hieß es, dass der Bau des Ilisu-Staudammes den Umweltschutzgesetzen der Türkei widerspreche. Es seien keine Umweltverträglichkeitsprüfungen durchgeführt worden.

Geklagt hatte die türkische Architekten- und Ingenieurskammer (TMMOB). Umweltverbände und AnwohnerInnen kämpfen seit Jahren gegen das Projekt im Südosten der Türkei. Das geplante Flutgebiet erfordert die Umsiedelung von etwa 65.000 Menschen, die antike Stadt Hasankeyf würde überschwemmt. Flussabwärts im mesopotamischen Delta würde das gestaute Wasser fehlen. Nichtregierungsorganisationen wie RiverWatch befürchten, dass die Regierung in Ankara das Urteil ignoriert oder im Eilverfahren neue Gesetze beschließt. Dennoch hoffen sie, dass die Gerichtsentcheidung anderen KlägerInnen Mut macht, gegen den Staudamm vorzugehen. [jg]

► www.riverwatch.eu
 ► www.stopilisu.com

Jagdsport

Costa Rica als Vorreiter

■ Laut Medienberichten hat das Parlament Costas Mitte Dezember einen Gesetzentwurf zum Verbot des Jagdsports verabschiedet. Mit dem vom Umweltschutzverband Apreflofas initiierten „Gesetz zum Schutz der Wildtiere“ sei Costa Rica das erste lateinamerikanische Land, das den Jagdsport verbietet, berichtet das Onlinemagazin Quetzal. Mit dem Inkrafttreten darf nur noch zu wissenschaftlichen Zwecken und zur Kontrolle des Wildbestands gejagt werden. [hk]

► www.kurzlink.de/costarica-jagdsport

Klimawandel

Globaler Risiko-Index 2013

■ Untersuchungen der Umweltorganisation Germanwatch zeigen, dass im Jahr 2011 Entwicklungsländer durchschnittlich deutlich schwerer von Extremwetterereignissen betroffen waren als Industrieländer. Auf der Rangliste des neuen globalen Klima-Risiko-Indexes liegen Thailand, Kambodscha, Pakistan und El Salvador vorn. Zum ersten Mal landete Bangladesch nicht mehr unter den ersten drei Ländern, sondern verbesserte sich auf Rang vier. In Thailand verursachten ungewöhnlich starke Regenfälle einen Schaden von mehr als 75 Milliarden US-Dollar und kosteten etwa 900 Menschen das Leben. Auf der Langzeitrangliste von 1991–2011 hatten laut Germanwatch Honduras, Myanmar und Nicaragua besonders viele Schäden und Todesfälle zu beklagen. [jg]

► www.germanwatch.org/de/5830

Ausführliche Berichte und Hintergrundinformationen über Globalisierung & Eine Welt lesen Sie im vierteljährlichen Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung: www.forumue.de

Nachhaltigkeit

A-Z



Wie inspirierende Impulse

Ungewöhnlich, inspirierend, farbenfroh: Jugendliche, Fachwissenschaftler und Vertreter indigener Völker denken nach über die großen Umwelt- und sozialen Fragen unserer Zeit – und welche Folgerungen sich daraus für unser Leben ergeben. Sie machen Mut, sich unabhängig von geografischen Grenzen mit kleinen Impulsen, Engagement und Kreativität einzusetzen für eine bessere und gerechtere Welt.

Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen e.V., Arbeitsstelle Weltbilder e.V., Institut für angewandte Kulturforschung e.V. (Hrsg.)

global.patrioten
 Begegnungen, Positionen und Impulse zu Klimagerechtigkeit, Biologischer und Kultureller Vielfalt

128 Seiten, Klappenbroschur, komplett in Farbe, 24,95 Euro, ISBN 978-3-86581-297-1

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de

oekom

Die guten Seiten der Zukunft

KLIMA & ENERGIE

UN-Klimakonferenz

Wenig Fortschritt für den Klimaschutz in Doha

■ Auf der Weltklimakonferenz in Doha, Katar, hat sich die Weltgemeinschaft im vergangenen Dezember auf einen Minimalkonsens geeinigt. Das lag nicht zuletzt an der fehlenden Führungsrolle der EU. An der beschlossenen zweiten Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls beteiligen sich außer der EU die Schweiz, Norwegen, Island, Monaco, Liechtenstein, die Ukraine, Weißrussland sowie Australien. Sie gilt von 2013 bis 2020. Umweltverbände kritisieren, dass die EU bei ihrem 20-prozentigen Reduktionsziel bis 2020 bleibt, statt auf 30 Prozent aufzustocken.

Umstritten waren die überschüssigen Emissionszertifikate, die osteuropäische Staaten und Russland in die zweite Periode mitnehmen wollten. Sie könnten den Zertifikatemarkt überfluten und Anreize für Klimaschutzmaßnahmen unterlaufen. Nun werden die Zertifikate zwar übertragen, allerdings verpflichten sich die Unterzeichner von Kyoto II dazu, diese nicht zu kaufen.

Für die Klimafinanzierung forderten die Entwicklungsländer eine Verdoppelung der bisherigen Mittel. Auch verlangten sie von den Industrieländern einen Plan, wie sie ihrem Finanzierungsversprechen von 100 Milliarden US-Dollar jährlich bis 2020 nachkommen werden. Die EU und einzelne EU-Staaten sagten bis 2015 sechs Milliarden US-Dollar zu. Gemeinsame Finanzzusagen der Industrienationen gab es nicht, dafür werden die Staaten demnächst einen Mechanismus schaffen, der Entwicklungsländer für Verluste und Schäden durch den Klimawandel entschädigen soll.

Die Verhandlungen über das globale Klimaabkommen, welches 2015 verabschiedet und 2020 in Kraft treten soll, kamen kaum voran. Darauf sollen sich laut Abschlussdokument Doha Climate Gateway die zukünftigen Verhandlungen konzentrieren.

Während EU-Klimakommissarin Connie Hedegaard das Ergebnis der Konferenz als „Brücke vom alten System in ein neues Klimaregime“ sah, reagierten andere Akteure ernüchtert. Das Resultat steht laut Umweltverbänden in keinem Verhältnis zu den von der Wissenschaft geforderten Maßnahmen, um das Zwei-Grad-Ziel noch zu erreichen.

Am Rande der Konferenz warb Bundesumweltminister Peter Altmaier für einen „Club der Energiewendestaaten“. Auf der Vollversammlung der Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) im Januar gewann er Frankreich, Dänemark, Südafrika, Marokko, Tonga und Großbritannien dafür, sogar China habe Interesse geäußert. Kritik kommt unter anderem von den Grünen und Greenpeace: Ohne konkrete Aufgaben und Ziele bleibe der Club, dessen Gründungsdatum unklar ist, „reine Symbolpolitik“. [uk]

► EU-Kommission:

www.kurzlink.de/doha_kom_press

► Klimaaktionsnetzwerk CAN Europe (engl.):

www.kurzlink.de/doha_can_press

EU-Emissionshandel

Deutschland bremst Schwung

■ Der geplante Eingriff der EU in den Kohlenstoffmarkt, bekannt als Backloading, wird sich verzögern. Die EU-Kommission will im Juni zunächst die Zustimmung des EU-Parlaments einholen, bevor der Vorschlag an den Ausschuss für Klimaänderung übermittelt werden soll. Infolge der Ankündigung fiel der CO₂-Preis um fast einen Euro pro Tonne CO₂.

Laut EU-Klimakommissarin Connie Hedegaard geht der Aufschub jedoch vor allem auf die fehlende Unterstützung wichtiger Mitgliedstaaten zurück. So hat Deutschland wegen interner Streitigkeiten noch keine Position gefunden. Umweltminister Peter Altmaier unterstützt den Vorschlag, während Wirtschaftsminister Philipp Rösler ihn ablehnt.

Der Backloading-Vorschlag vom vergangenen November soll den angeschlage-

nen europäischen Emissionshandel wieder in Schwung bringen. Dafür sollen vorübergehend 900 Millionen Kohlenstoffzertifikate vom Markt genommen werden (siehe umwelt aktuell 12.2012/01.2013, S. 11).

Der Sozialdemokrat Matthias Groot, Berichterstatter für das EU-Parlament, schlug vor, dass der Eingriff nur einmalig erfolgen dürfe. Laut Beobachtern soll er damit der konservativen Fraktion EVP entgegengekommen sein, die sich besonders skeptisch gegenüber Backloading zeigt. Der Backloading-Vorschlag wird voraussichtlich erst in der zweiten Hälfte dieses Jahres umgesetzt. [uk]

► EU-Kommission (engl.):

www.kurzlink.de/backloading_eu_kom

Energiebinnenmarkt

Einheitlicher Strom- und Gasmarkt angestrebt

■ Ende November hat die EU-Kommission die Mitgliedstaaten aufgefordert, sich bei der Umsetzung des Energiebinnenmarktes in nationales Recht stärker anzustrengen. Durch einen europäischen Strom- und Gasmarkt würde Energie billiger werden.

Einige Mitgliedstaaten müssen noch die Vorschriften des dritten Energiebinnenmarktpakets anwenden und das Wettbewerbsrecht durchsetzen. Die staatliche Regulierung der Energiepreise müsse abgebaut werden, da sie Investitionen behindere und den Wettbewerb beeinträchtige. Es müssten gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Marktteilnehmer herrschen. Da die Frist für die Umsetzung schon im März 2011 abgelaufen war, strebt die Kommission nun Vertragsverletzungsverfahren an. Der EU-Energiebinnenmarkt soll bis 2014 vollendet werden.

EU-Energiekommissar Günther Oettinger will außerdem die Förderbedingungen für erneuerbare Energien europaweit harmonisieren. Dafür werde die Kommission bis zum Frühjahr Leitlinien erarbeiten. ►

„Die Zusammensetzung der Strompreise muss transparent gemacht werden.“

Seit Anfang des Jahres sind die Strompreise wieder gestiegen. Dabei wird die Frage der sozialen Gerechtigkeit weiter heftig diskutiert. Gemeinsam mit Sozialverbänden fordert die Klima-Allianz, einkommensschwache Haushalte zu entlasten. Defizite bei der fairen Kostenverteilung dürfen nicht instrumentalisiert werden, sagt die Leiterin der Klima-Allianz Katharina Reuter.

umwelt aktuell: Die Endverbraucher müssen zur Finanzierung der Energiewende tief in die Tasche greifen, während bei Großkonzernen die Kasse klingelt. Welche Vergünstigungen gibt es derzeit für die Industrie?

Katharina Reuter: Es werden zahlreiche Ausnahmeregelungen und Vergünstigungen bei Steuern, Umlagen und Abgaben auf den Energieverbrauch gewährt: Bei der Umlage aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK), den Netzentgelten, den direkten und indirekten Beiträgen der Emissionsminderungsverpflichtung oder bei der Energie- und Stromsteuer sowie bei der anteiligen Übernahme der Infrastrukturkosten für Verteilernetze. Dies verlagert Kosten von rund zehn Milliarden Euro im Jahr von den begünstigten Unternehmen auf Mittelstand, Verbraucher und Steuerzahler.

Halten Sie diese Privilegien für legitim?

Nein, ganz und gar nicht. Denn die willkürlichen Privilegien für die Industrie treiben die Strompreise nach oben und gefährden die breite Akzeptanz der Energiewende. Wir müssen die CO₂-Emissionen bei der Stromerzeugung so weit und so schnell wie möglich senken. Der Umbau des Energiesystems darf nicht einseitig auf Kosten der Verbraucher gehen, sondern die Investitionen dafür müssen auf alle Schultern verteilt werden. Unnötige Ausnahmeregelungen für Unternehmen ohne internationalen Wettbewerbsdruck können beendet werden. Damit künftig nur Unternehmen, die tatsächlich im internationalen Wettbewerb stehen, Ausnahmen erhalten, braucht es einen sinnvollen Indikator, der die Handelsintensität berücksichtigt. Die Vergünstigung muss außerdem an die Bedingung geknüpft werden, dass die Unternehmen tatsächlich energieintensiv sind und nachweislich deutliche Anstrengungen zur Effizienzsteigerung vorgenommen haben. Und es muss dringend transparent gemacht werden, wie sich die Strompreise zusammensetzen und wie hier Gewinne entstehen.

Kritiker versuchen, die Energiewende in Misskredit zu bringen, indem sie behaupten, die Energiewende sei unsozial und schlecht für die Volkswirtschaft. Was halten Sie dem entgegen?

Wirtschaft und Bevölkerung profitieren von der Energiewende. Zum Beispiel werden Arbeitsplätze geschaffen. Bis 2020 wird durch den Ausbau erneuerbarer Energien die Zahl der Stellen in der Branche von derzeit knapp 382.000 auf eine halbe Million steigen. Die kommunale Wertschöpfung kann im selben Zeitraum auf 13,2 Milliarden Euro steigen, wenn der Ausbau der erneuerbaren Energien ambitioniert durchgeführt wird. Außerdem ist die Energiewende ein Beitrag zur Demokratisierung unseres Energiesystems. Das zeigen über 600 Energiegenossenschaften, deren Mitglieder direkt von der Energiewende profitieren, auch wenn sie kein hohes Einkommen haben. Schließlich macht uns die Energiewende weniger abhängig von Importen fossiler Energieträger. Deren Kosten beliefen sich 2011 auf mehr als 86 Milliarden Euro.

Wie kann der Gesetzgeber dieser Ungleichverteilung gegensteuern?

Bestehende Subventionen und Privilegien für fossile Energieträger und Energieverbrauch müssen abgebaut werden. Dies erweitert staatliche Handlungsspielräume und setzt Mittel frei, die eingesetzt werden können, um die Energiewende sozial zu flankieren. Insbesondere müssen die Vergünstigungen der Industrie bei den Energiepreisen abgebaut und deutlich zielgerichteter ausgestaltet werden. Sparsame Stromverbraucher sollten belohnt und die Stromsteuer progressiv gestaltet werden. Beispielsweise könnte der bisherige Steuersatz von 2,05 Cent pro Kilowattstunde (Ct/kWh) für einen Pro-Kopf-Verbrauch von unter 500 kWh im Jahr auf den Mindeststeuersatz von 0,1 Ct/kWh abgesenkt werden. Hohe Pro-Kopf-Verbräuche von mehr als 2.000 kWh/Jahr sollten dann mit dem doppelten Steuersatz von 4,1 Ct/kWh belastet werden.

Was fordern Sie außerdem?

Sozialtransfers wie Arbeitslosengeld II (ALG II), Geld aus dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) oder Grundsicherung im Alter müssen um die steigenden Energiekosten pauschaliert aufgestockt werden. Die Erstausrüstung von Wohnungen, deren Mieter Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe erhalten,

sollte zudem mit energieeffizienten Geräten erfolgen. Wohngeldempfänger sollen einen pauschalierten Energiekostenzuschuss für Strom und Heizung bekommen. Dadurch können auch Bevölkerungsgruppen mit niedrigem Einkommen von steigenden Energiekosten entlastet werden. Durch einen verbrauchsunabhängigen Zuschuss wird energiesparendes Verhalten belohnt. Energieeinsparung senkt die Energiekosten. Eine kostenlose Energiesparberatung sollte flächendeckend, vorrangig aber für einkommensschwache Haushalte, eingeführt werden.

Stichwort Energiearmut – die Energiewende ist angeblich schuld daran, dass Einkommensschwache, also etwa 20 Prozent der Haushalte, eine höhere Stromrechnung haben. Nur Provokation seitens der Bremser oder ist was dran?

Die ungerechte Verteilung der Investitionsaufgaben ist schuld daran. Aber Einkommensschwache dürfen weder von Maßnahmen der Energiewende wie Gebäudesanierungen oder Effizienztechnik in Haushalten abgekoppelt noch bei der Bewältigung steigender Energiekosten alleingelassen werden. Menschen, die Sozialtransferleistungen beziehen, müssen die Stromrechnung auch künftig bezahlen können. Übrigens sind die Kosten für Heizung und Warmwasser in den vergangenen Jahren deutlich stärker gestiegen als die Strompreise – zwei Drittel der privaten Energiekosten gehen für Heizung und Warmwasser drauf.

[Interview: Marion Busch]

Dr. Katharina Reuter leitet die Geschäftsstelle der Klima-Allianz Deutschland, dem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis für Klimaschutz.

Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 6781775-72, E-Mail: reuter@klima-allianz.de, www.klima-allianz.de



Claude Turmes, energiepolitischer Sprecher der Grünen im Europäischen Parlament, kritisierte, dass die EU die nationalen Fördersysteme für erneuerbare Energiequellen untergrabe, obwohl sich diese als erfolgreich erwiesen hätten. Auch ändere sie nichts an der unfairen Unterstützung für Kohle und Atom und ignoriere die Folgekosten dieser Energieträger für die Gesellschaft. [uk]

- ▶ EU-Kommission:
www.kurzlink.de/energiebinnen_eukom
- ▶ Grüne: www.kurzlink.de/energiebinnen_gruen

Energiewende in Deutschland

Evaluierung fällt kritisch aus

■ Das Bundeswirtschafts- und das Bundesumweltministerium haben Ende 2012 den Monitoringbericht „Energie der Zukunft“ veröffentlicht. Die Energiewende sei vorangekommen, stehe aber weiter vor Herausforderungen. Die unabhängige Expertenkommission zur Begutachtung des Berichts sieht die Situation kritischer. Aus ihrer Sicht wachsen die erneuerbaren Energien zwar schneller als geplant, jedoch sei die Sicherheit der Stromversorgung „kritisch“, das Erreichen der Offshore-Ziele „fraglich“ und die Erfolge beim Netzausbau „wenig ermutigend“. Zudem müssten die bisherigen Pläne zu Energieeffizienz und Netzausbau beschleunigt werden.

Kurz darauf billigte das Kabinett ein Zusatzprogramm für den Bau von drei neuen Stromtrassen. Der Gesetzentwurf zum Bundesbedarfsplan für den künftigen Netzausbau sieht insgesamt 2.800 Kilometer neue Stromleitungen nach Süddeutschland vor. Umweltverbände wie NABU und Germanwatch kritisieren das Ausmaß der Pläne und die Beschränkung der Klagemöglichkeiten gegen konkrete Verläufe der Trassen auf nur eine Instanz, das Bundesverwaltungsgericht. [uk]

- ▶ Monitoringbericht:
www.kurzlink.de/energiewende_monitor
- ▶ Stellungnahme der Expertenkommission:
www.kurzlink.de/energiewende_expkom

Gebäudeeffizienz

Kaum Geld für Sanierung

■ Die Verhandlungen zwischen Bundestag und Bundesrat über einen Steuerbonus für die energetische Sanierung von Gebäuden sind endgültig gescheitert. Nach einem Jahr Streit zwischen Bund und Ländern fand der Vermittlungsausschuss auch Mitte Dezember keine Einigung. Stattdessen will die Bundesregierung ein neues Förderprogramm auflegen, mit dem der Austausch von Heizungen und Fenstern mit bis zu 5.000 Euro bezuschusst werden kann.

Laut Wirtschafts- und Umweltverbänden reicht das Programm nicht aus, die Klimaschutzziele zu erzielen. So würden die Mittel für die Gebäudesanierung zwar um 300 Millionen auf 1,8 Milliarden Euro steigen. Vor drei Jahren wären es jedoch noch 2,2 Milliarden Euro gewesen. Auch sonst kommt die Gebäudesanierung schleppend voran: Im Januar rügte die EU Deutschland, weil die Bundesregierung die Vorgaben der EU-Richtlinie für Gebäudeenergieeffizienz immer noch nicht umgesetzt hat. [sl]

- ▶ Stellungnahme der Klima-Allianz:
www.kurzlink.de/gebauedesan_klimaall

Energiepolitik

Energiewirtschaftsgesetz – Novelle in Kraft

■ Am 1. Januar ist die Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) in Kraft getreten. Sie soll Probleme beim Offshore-Ausbau und bei Stromengpässen im Winter beheben. Denn den Offshore-Windparks fehlt ausreichender Netzanschluss.

Das Gesetz führt neue Haftungsregeln bei Produktionsausfall und Verzögerungen der Stromnetzanbindung von Offshorewindparks ein. Der maximale Schadensbeitrag der Übertragungsnetzbetreiber liegt bei 110 Millionen Euro pro Jahr, der Rest wird über eine Offshore-Abgabe von 0,25 Cent pro Kilowattstunde auf die Verbraucher umgelegt. Zudem können Übertragungsnetzbetreiber mit Zustim-

mung der Bundesnetzagentur künftig anordnen, dass systemrelevante Kraftwerke nicht stillgelegt werden dürfen, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Im Gegenzug erhalten die Kraftwerksbetreiber die Kosten erstattet. [uk]

- ▶ Übersicht des BMWi zu den Neuerungen:
www.kurzlink.de/bmw_i_enwg_neu

Erneuerbare Energien

Förderung auf dem Prüfstand

■ Die EU-Kommission hat Ende November bekannt gegeben, dass sie das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) prüfen will. Im Fokus stehen die Befreiung stromintensiver Unternehmen von den Netzentgelten sowie die garantierten Einspeisetarife für Betreiber. Beide könnten gegen das Wettbewerbsrecht verstoßen. Laut EU-Wettbewerbskommissar Joaquín Almunia werden die begünstigten Unternehmen sogar eventuell Rückzahlungen leisten müssen. Laut eines Vermerks aus dem Bundeswirtschaftsministerium will die Kommission das EEG als staatliche Beihilfe einstufen. Dadurch würde der Druck steigen, das EEG komplett abzuschaffen.

Die Bundesregierung arbeitet derzeit an einer Reform des EEG. Einen Gesetzentwurf will sie Mitte März vorstellen. Bundesumweltminister Peter Altmaier strebt an, die Entlastungen für die energieintensive Industrie von der EEG-Umlage zu überprüfen und zu erschweren. Ab diesem Jahr werden jedoch zunächst weitere Unternehmen profitieren, da diese nun ab einem Jahresstromverbrauch von 1.000 statt bislang 10.000 Megawattstunden Anspruch auf den reduzierten Umlagesatz haben. Für das Jahr 2013 haben bereits über 2.000 Unternehmen einen Antrag auf Entlastung gestellt, für das Jahr 2012 waren nur rund 700 begünstigt. Nun fordert Altmaier eine Gebühr für die Unternehmen, um den Mehraufwand an Verwaltung zu finanzieren. [uk]

- ▶ Stellungnahme von Greenpeace:
www.kurzlink.de/greenpeace_eeg_pruef

CO₂-Verpressung

CCS-Förderung geht weiter

■ Die EU-Kommission hat Mitte Dezember bekannt gegeben, dass das Förderprogramm für CCS-Demonstrationsprojekte zur Kohlenstoffabscheidung und -speicherung in diesem Jahr weiterlaufen wird. Bislang konnte sich kein Projekt finden, weshalb der Großteil des Förderbudgets von 1,5 Milliarden Euro nun an erneuerbare Energien geht.

23 Demonstrationsprojekte – von Bioenergie über konzentrierte Solarenergie, Geothermie, Wind- und Meeresenergie bis hin zu dezentralem Management erneuerbarer Energien – sollen sich 1,2 Milliarden Euro teilen. Die restlichen 275 Millionen Euro sind für eine zweite Förderrunde vorgesehen. Diese wird Anfang 2013 beginnen und zwölf Monate laufen.

Das CCS-Förderprogramm NER300 der EU war einigen Problemen ausgesetzt, nicht zuletzt weil es sich durch den Verkauf von CO₂-Zertifikaten finanziert. Durch deren niedrigen Preis kamen bislang nur 1,5 Milliarden der erwarteten 4,5 Milliarden Euro zusammen.

Daher will die Kommission die Technologie durch weitere Maßnahmen voranbringen. Laut eines Mitte Januar bekannt gewordenen Entwurfs erwägt sie verbindliche Emissionsgrenzen für Energieversorger oder einen Zertifikatehandel. Während der Umweltverband WWF CCS unter sicheren Bedingungen positiv gegenüber steht, lehnt der BUND die Technologie kategorisch ab. [sl, uk]

- ▶ EU-Kommission: www.kurzlink.de/ccs_kom_press
- ▶ NER300 (engl.): www.ner300.com

Fracking und Bergrecht

Kein Moratorium für Schiefergasförderung

■ Das EU-Parlament hat im November vergangenen Jahres einen stabilen Rechtsrahmen für die Schiefergasförderung gefordert. Ein fraktionsübergreifender An-

trag für ein Moratorium wurde abgelehnt. Jeder Mitgliedstaat kann eigenständig über die Genehmigung von unkonventioneller Schiefergasförderung entscheiden. Die Abgeordneten wiesen jedoch darauf hin, dass die Mitgliedstaaten hinsichtlich der Genehmigung Vorsicht walten lassen sollten, bis entschieden sei, ob die EU-Gesetzgebung angemessen ist. Außerdem fordert das Parlament, Pläne für die Wasserversorgung anzufertigen und die verwendeten Chemikalien durch die Unternehmen offenzulegen.

Der Umweltdachverband Friends of the Earth Europe (FoEE) begrüßt, dass die Risiken für Umwelt und Gesundheit in beiden Beschlüssen anerkannt wurden, reagierte aber enttäuscht, dass kein Moratorium zustande kam. Antoine Simon von FoEE erklärte: „Das Europäische Parlament hat die Chance verpasst, entschieden vorzugehen, um eine weitere Verbreitung des Schiefergases in Europa zu verhindern“.

In Deutschland ist Mitte Dezember ein Verbotantrag für Fracking von SPD, Grünen und Linken im Bundestag gescheitert. Ein nordrhein-westfälischer Antrag im Bundesrat zwei Tage darauf war jedoch erfolgreich: Der Bundesrat stimmte der Einführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung zu. Die Bundesregierung muss nun das Bergrecht ändern und die Prüfung einführen. [ib, uk]

- ▶ EU-Parlament (engl.): www.kurzlink.de/schiefergas_morat_ep
- ▶ Reaktion FoEE (engl.): www.kurzlink.de/schiefergas_morat_fo

Biokraftstoffe

Nachhaltiges Palmöl?

■ Die EU-Kommission hat Ende November einer Regelung zugestimmt, mit der Palmölproduktion unter bestimmten Bedingungen als nachhaltig eingestuft werden kann. Laut Umweltverbänden gehört Palmöl jedoch zu den schädlichsten Formen von Biokraftstoffen.

Damit billigte die Kommission einen Vorschlag des Runden Tisches für nach-

haltiges Palmöl (RSPO), dem Palmölproduzenten und -händlern sowie einigen Umwelt- und Entwicklungshilfeorganisationen angehören.

Umweltverbände kritisieren die Entscheidung der Kommission. Palmölherstellung treibe Entwaldung, den Verlust von Wildtieren und den Klimawandel voran. Laut einer eigenen Studie der Kommission produziert Palmöl durch indirekte Landnutzungsänderungen (ILUC) die höchsten Emissionen aller Biokraftstoffe. Um dem entgegenzuwirken, veröffentlichte die Kommission im Oktober einen Richtlinienvorschlag. [uk]

- ▶ Entscheidung der EU-Kommission: www.kurzlink.de/kom_palmoel_nachh
- ▶ Stellungnahme Greenpeace/Friends of the Earth: www.kurzlink.de/palmoel_greenp_foee
- ▶ Richtlinienvorschlag: www.kurzlink.de/biokraft_neu_kom

KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

Lebensmittelverschwendung

Essensbörse online

■ Während auf der ganzen Welt eine Milliarde Menschen an Unterernährung leiden, werden in Deutschland jedes Jahr 80 Kilogramm Lebensmittel pro Person weggeworfen. Das entspricht einem Geldwert von rund 22 Milliarden Euro. Aufgrund der großen Lebensmittelverschwendung hat der Verein Foodsharing eine Internetplattform gestartet. Die Datenbank mit Suchfunktion bietet Privatleuten und Geschäften die Möglichkeit, übrig gebliebene Lebensmittel kostenlos anzubieten. Wenn zum Beispiel der Kühlschrank noch nicht ganz leer ist, bevor man in den Urlaub fährt. Auf der Webseite können sich alle, die mitmachen möchten, registrieren. Ein Video erklärt, wie Foodsharing funktioniert.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer können sich außerdem zum gemeinsamen Kochen verabreden. Die Kampagne läuft der-

Nachhaltigkeit

A-Z



S wie Stark

Die Zukunft braucht starke Kinder. Freya Pausewang erklärt, wie Lernfreude und die kindliche Lust, Hindernisse zu überwinden, am besten gefördert werden. Denn »lernstarke« Menschen tun sich leichter Probleme zu lösen, ob als Folgen globaler Krisen oder von Umbruchsituationen wie etwa während der Pubertät. Pausewang gelingt der Bogen vom Kleinen (Essen, Spielen) zum Großen: einer Menschheit, die künftige Herausforderungen fair und solidarisch meistert.

F. Pausewang

Macht mich stark für meine Zukunft
Wie Eltern und ErzieherInnen die Kinder in der frühen Kindheit stärken können

182 Seiten, broschiert, mit vielen z.T. farbigen Abbildungen, 16,95 EUR, ISBN 978-3-86581-282-7

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de

 **oekom**
Die guten Seiten der Zukunft

zeit unter anderem in den Städten Berlin, Chemnitz, Kaiserslautern, Köln, Ludwigsburg und in dem Landkreis Steinfurt. Interessierte aus anderen Gebieten Deutschlands können sich auch beteiligen. [hk]

► www.foodsharing.de

Nachhaltiger Konsum

Verantwortungsvoller Verbrauch

■ Die Broschüre „KonsUmwelt – ein anderer und nachhaltiger Konsum ist möglich“ informiert über die Produktion von Lebensmitteln und deren Verschwendung sowie Verpackung und Müllvermeidung. Außerdem gibt sie Anregungen für ein verantwortungsvolles Konsumverhalten. Die Publikation kann kostenlos bei der Agrar Koordination bestellt oder auf der Webseite heruntergeladen werden. [mbu]

► KonsUmwelt – nachhaltiger Verbrauch ist möglich:
www.konsum-welt.de/fileadmin/dateiupload/KonsUmwelt/KonsUmwelt-Info-Broschuere.pdf

Fleischverbrauch

Massentierhaltung fördert Welthunger

■ Was hat das Schnitzel mit der Abholzung des Regenwaldes zu tun? Auf diese Frage und auf den Zusammenhang zwischen Mangelernährung in Entwicklungsländern und dem Überfluss in Industriestaaten gibt der „Fleischatlas“ Antworten. Darüber hinaus geht es um die Folgen der Massentierhaltung auf das Klima. Die Publikation ist in Zusammenarbeit zwischen dem BUND, der Heinrich-Böll-Stiftung sowie der Zeitung Le Monde Diplomatie entstanden und seit Januar erhältlich. [mbu]

► Daten und Fakten über Tiere als Nahrungsmittel:
www.kurzlink.de/fleischatlas01.2013

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

EU-Agrarreform

Verwässern statt Verbessern?

■ Der Agrarausschuss des EU-Parlaments hat im Januar Änderungen zum Vorschlag der EU-Kommission zugestimmt, die von der ursprünglich geplanten Ökologisierung der EU-Agrarpolitik kaum etwas übrig lassen. Sollte sich der Ausschuss durchsetzen, blieben wesentliche Vorschläge der Kommission für eine grünere Landwirtschaft auf der Strecke.

Die meisten Bauern könnten weiter wirtschaften wie bisher. Seit zwei Jahren streiten die verschiedenen Interessenvertreter über das Wie der Veränderung. EU-Agrarkommissar Dacian Cioloș legte im Oktober 2011 einen Vorschlag vor, wonach die Vergabe der rund 60 Milliarden EU-Agrarsubventionen an ökologische Kriterien gekoppelt werden soll. Die Agrarindustrie soll weniger Geld aus Brüssel erhalten als kleine bäuerliche Betriebe, die verhältnismäßig mehr Arbeitskräfte beschäftigen. Außerdem sollen der Fruchtwechsel statt Monokultur gefördert und sieben Prozent der Äcker als ökologische Vorrangflächen genutzt werden. Das ist nach dem Votum des Ausschusses vom Tisch.

Am 19. Januar gingen in Berlin nach Angaben der Veranstalter gut 25.000 Menschen für eine andere Agrarpolitik ohne Chemie und ohne Gentechnik auf die Straße. Unter dem Motto „Wir haben die Agrarindustrie satt“ forderten sie unter anderem die Abkehr von Massentierhaltung und den Stopp von Ackergiften. Die Großdemonstration wurde koordiniert von der Kampagne „Meine Landwirtschaft“. Die Befürworter einer grüneren Landwirtschaft hoffen nun auf das EU-Parlament, das im März über die EU-Agrarreform abstimmen wird. [mbu]

► Vorschläge EU-Kommission:
www.kurzlink.de/agrarref-vorschlaege
► Agrarausschuss EU-Parlament: www.europarl.europa.eu/committees/de/agri/home.html
► www.meine-landwirtschaft.de

Pestizide

Bienen sterben durch giftige Spritzmittel

■ Für eine Landwirtschaft ohne hoch dosierte Ackergifte haben Mitte Januar vor dem Kanzleramt in Berlin Imker und Vertreter von Umwelt- und Erzeugerverbänden demonstriert. Der Protest richtete sich auch an das Bundeslandwirtschaftsministerium, das sich gegen EU-Pläne sträubt, die Vergabe von Agrarsubventionen an Umweltauflagen zu koppeln.

Die Demonstranten wollen, dass auf Feldern keine hochgiftigen Spritzmittel mehr eingesetzt werden. Imker sehen in dem aus ihrer Sicht massiven Einsatz von Pestiziden einen Hauptgrund für das weltweit auftretende Bienensterben. Die Bienen verlören dadurch ihre Orientierung und fänden nicht mehr den Weg zurück in ihre Bienenstöcke. Zudem würden sie durch die Gifte anfälliger für Schädlinge wie zum Beispiel die Varroamilbe. Auch blütenarme Monokulturen schadeten den Bienenvölkern.

Der Deutsche Berufs- und Erwerbsimkerbund (DBIB) verlieh Bundeskanzlerin Angela Merkel den Negativpreis „Schwarzer Pinsel“. Kanzlerin Merkel erhielt ihn mit der Begründung, sie setze sich für Deutschland als Chemiestandort ein, an dem auf Äckern statt Lebensmitteln immer mehr gentechnisch veränderte, nachwachsende Rohstoffe für die chemische Industrie hergestellt werden sollten. Für Imker bedeutet dies, dass der Pollen solcher Genpflanzen auch im Honig und damit in der Lebensmittelkette landet.

Zuvor hatten der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und Greenpeace ein Verbot von Neonicotinoiden, also für Bienen besonders gefährlichen Pestiziden, gefordert. Nach Angaben der Europäischen Lebensmittelbehörde EFSA stellen diese tatsächlich ein Risiko für Bienen dar. Auch eine Studie, die das österreichische Umweltbundesamt (Ö-UBA) im vergangenen Dezember dem EU-Parlament präsentierte, belegt die Schädlichkeit von Neonicotinoiden für Honigbienen. Pflanzenzüchter und

Saatguthersteller hatten sich hingegen weiter für den Einsatz von Neonicotinoiden ausgesprochen, mit denen Saatgut gebeizt wird. die Begründung der Industrievertreter: Landwirte würden dadurch weniger Pflanzenschutzmittel einsetzen. [mbu, jg]

- ▶ Campact, DBIB, Meine Landwirtschaft (PDF): www.kurzlink.de/bientod-agrarwende
- ▶ www.bund.net
- ▶ EFSA zu Neonicotinoiden: www.efsa.europa.eu/de/press/news/130116.htm
- ▶ Studie Ö-UBA: www.kurzlink.de/ep-bienenstudie

EU-Patentrecht

Einheitspatent für alle

■ Das Europäische Parlament hat im Dezember vergangenen Jahres beschlossen, ein einheitliches EU-Patent einzuführen und ein Patentgericht zu schaffen. Befürworter freuen sich über weniger Bürokratie, Kritiker befürchten mehr Patente auf Genpflanzen und Lebewesen sowie Nachteile für Bauern.

Wer in der Europäischen Union ein Patent anmeldet, muss voraussichtlich ab 2014 weniger Hürden überwinden als bisher. Einmal genehmigt, gilt ein Patent dann in allen EU-Mitgliedstaaten außer in Spanien und Italien, die der Neuregelung nicht zustimmten. EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier lobte den Beschluss ebenso wie die Deutsche Industrievereinigung Biotechnologie. Das Bündnis No Patents on Seeds, die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und der Deutsche Bauernverband (DBV) hingegen kritisierten, dass Landwirte kaum mehr ihre Rechte geltend machen könnten.

Beispielsweise sehe das neue Recht nicht mehr die Auskreuzungsregel vor. Dadurch könnten Saatgutkonzerne Landwirte verklagen, auf deren Feldern Pflanzen mit EU-Patent wachsen, auch wenn diese nicht ausgesät, sondern vom Wind angeweht worden seien, bemängelt der DBV. Vor dem geplanten Patentgericht in Paris sei es zudem ohne Anwalt nicht möglich, Einspruch gegen Patente auf Leben zu erheben, monierte Christoph Then von Pa-

tents on Seeds. Das könnte gemeinnützige Organisationen von ihrem Widerspruchsrecht abhalten. Die AbL-Vorsitzende Martina Heubuch befürchtet stattdessen einen „gefährlichen Kuhhandel ohne Diskussion in der Öffentlichkeit“.

Die Grünen-Fraktion im EU-Parlament äußerte juristische Bedenken gegenüber dem Einheitspatent. Sie bezweifeln, dass es rechtmäßig sei, Patententscheidungen Nicht-EU-Institutionen wie dem Europäischen Patentamt (EPA) und dem Patentgericht zu überlassen. Das sei ein Schlag ins Gesicht von Landwirten, Züchtern sowie Verbrauchern und Verbraucherinnen, sagte Martin Häusling, der agrarpolitische Sprecher der Grünen. Denn das EPA habe schon bisher EU-Recht ignoriert und Patente auf Leben erteilt, obwohl dies nicht zulässig sei. [mbu]

- ▶ www.kurzlink.de/eu-einheitspatent-12
- ▶ www.no-patents-on-seeds.org
- ▶ www.abl-ev.de

EU-Agrarstatistik

Fast drei Prozent Fläche sind ökologisch bewirtschaftet

■ Das EU-Statistikamt Eurostat hat im Dezember vergangenen Jahres die aktuellen Agrar-, Fischerei- und Forstwirtschaftsstatistiken für 2010 veröffentlicht. Diese liefern einen Gesamtüberblick über den EU-Agrarsektor und detaillierte Fakten, beispielsweise über die Bedingungen in der Landwirtschaft.

Den Daten zufolge haben 2010 in der EU 23 Millionen Menschen in einem der zwölf Millionen landwirtschaftlichen Betriebe gearbeitet. In Polen, Rumänien und Italien waren die meisten Arbeitskräfte in der Landwirtschaft beschäftigt. Laut Eurostat war Österreich vor drei Jahren Spitzenreiter sowohl bei der Anzahl der ökologisch bewirtschafteten Betriebe (13 Prozent) als auch bei der für Ökolandbau genutzten Fläche (zwölf Prozent). Platz zwei und drei bei der Anzahl der Biohöfe hatten Tschechien und Schweden inne. ▶

Beim Anteil der Ökolandbaufläche war Schweden Zweiter. Insgesamt gab es rund 156.000 biologische Landwirtschaftsbetriebe, was einen Anteil von 1,3 Prozent an allen landwirtschaftlichen Betrieben bedeutet. Die Landwirte nutzten knapp drei Prozent – ungefähr fünf Millionen Hektar – der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche für den biologischen Landbau.

Weil die Nachfrage nach ökologischen erzeugten Nahrungsmitteln ständig zunimmt, hat die EU-Kommission im Januar eine Konsultation zur Überarbeitung ihrer Politik für den ökologischen Landbau gestartet. Bis 10. April können sich Bürgerinnen und Bürger daran beteiligen. [hk, fc]

- ▶ Eurostat-Agrarstatistik: www.europa.eu/rapid/press-release_STAT-12-186_de.htm
- ▶ Konsultation: www.ec.europa.eu/agriculture/consultations/organic/2013_de.htm

Nationales Anbauverbot

Kein Genmais und keine Genkartoffeln in Polen

■ Seit Januar ist es in Polen nicht mehr zulässig, gentechnisch veränderten Mais und Kartoffeln anzubauen. Das hat die

Regierung in Warschau entschieden. Derzeit ist der Handel mit Gentechniksaatgut noch erlaubt, um geltendem EU-Recht zu entsprechen.

Nach Angaben der Umweltorganisation GM Watch gilt das Anbauverbot für den Mais MON810 von Monsanto und die Genkartoffel Amflora der BASF. Diese beiden Genpflanzen sind zwar in der EU zugelassen, aber einige Mitgliedstaaten haben ihren Anbau nicht genehmigt. So ist MON810 unter anderem nicht in Deutschland und Frankreich zugelassen. Im vergangenen Jahr hatte die BASF die Erzeugung der Amflora in die USA verlegt, weil der Chemiekonzern in Europa keine Akzeptanz für die Genknolle sah. Amflora war für die industrielle Stärkeproduktion vorgesehen.

In Polen gab es lange Zeit keine gesetzlichen Regelungen über den Einsatz von Agrogentechnik. Nachdem die EU-Kommission im vergangenen Jahr Polen aufgefordert hatte, ein Anbauregister für Gentechnikpflanzen einzuführen, beschloss die Regierung nun das Verbot. Umwelt- und Verbraucherverbände lobten den Beschluss. Greenpeace Polen forderte, das Anbauverbot zu kontrollieren. [mbu]

- ▶ GM Watch: www.kurzlink.de/genverbot-polen2013

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen

Einheitliche Eingriffsregelung

■ Die Bundesregierung hat Anfang November einen Entwurf für eine Verordnung über die Kompensation von Eingriffen in Natur und Landschaft veröffentlicht. Die Verordnung soll den Flächenverbrauch in Deutschland reduzieren. Dabei sollen die Regelungen von Eingriffen in Natur und Landschaft bundesweit vereinheitlicht und geeignete Kompensationsmaßnahmen festgelegt werden.

Derzeit sind Ausgleichs- und Ersatzregelungen für Eingriffe in Natur und Landschaft weitestgehend Ländersache. Uneinigkeit besteht bisher schon bei der Definition eines Eingriffs. Aktivitäten, die in einigen Bundesländern Ausgleichszahlungen nach sich ziehen, haben in anderen Bundesländern keine Folgen. Dies soll im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes von 2009 geändert werden.

Im aktuellen Entwurf der Verordnung werden Kriterien zur Erfassung und Bewertung von Eingriffen festgelegt und verschiedene Maßnahmen für die Kompensation bestimmter Werte und Funktionen des



Eine andere Welt ist pflanzbar

Die neuen urbanen Gärtner sorgen für Farbe in Deutschlands Städten. Was sie treibt, ist das archaische Vergnügen zu pflanzen und zu säen und einen Teil ihrer Nahrung selbst zu erzeugen. Dieses Buch ist ein kundiger Führer durch die urbane Gartenszene. Aber es erzählt auch von der tiefen Verwurzelung des Gartens in unserer Kultur, von der bedrohten Sortenvielfalt oder vom Garten als Ökosystem. Viele Praxistipps und Adressen machen es zu einem unentbehrlichen Ratgeber für Stadtgärtner.

M. Rasper

Vom Gärtnern in der Stadt

Die neue Landlust zwischen Beton und Asphalt

208 Seiten, Klappenbroschur, mit vielen farbigen Abbildungen, 19,95 Euro, ISBN 978-3-86581-183-7

Erhältlich bei www.oekom.de, oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft 

Naturhaushaltes zugeordnet. Die Höhe des Ersatzgeldes soll je nach Beeinträchtigung und Funktion der Schutzgüter bis zu neun Prozent der Baukosten betragen.

Naturschutzverbände begrüßen die Vereinheitlichung der Eingriffsregelung, fordern aber inhaltliche Nachbesserungen. Wesentliche Kritikpunkte sind die Gleichsetzung von Naturschutz mit Flächenverbrauch durch Baumaßnahmen, intensive Landnutzung oder andere Eingriffe, sowie die Unterstellung, dass Kompensationsflächen überproportional landwirtschaftliche Nutzflächen in Anspruch nähmen. Der DNR besteht darauf, die Reihenfolge Vermeidung, Ausgleich, Ersatz sei beizubehalten, denn nur so könne eine weitere Verschlechterung des Status quo verhindert werden, so der Generalsekretär des Deutschen Naturschutzrings, Helmut Röscheisen.

Das Bundesumweltministerium muss sich nun mit dem Verkehrs- und Landwirtschaftsministerium über den Entwurf einigen. Anschließend muss der Bundesrat der Verordnung zustimmen. Anders als ein Gesetz ist eine Verordnung nicht vom Bundestag zu verabschieden. [ej]

- ▶ Stellungnahme NABU:
www.kurzlink.de/bkomvbnabu
- ▶ www.dnr.de

Wölfe

Brandenburg hat einen Plan

■ Im Dezember hat Brandenburg einen Wolfmanagementplan für die Jahre 2013 bis 2017 beschlossen. Der Plan soll die Rückkehr der Wölfe nach Brandenburg unterstützen. Dabei sollen Konflikte zwischen Mensch und Wolf so gering wie möglich gehalten werden.

Seit 1850 galt Deutschland als weitgehend wolfsfrei. Im Jahr 2000 hatte sich wieder ein erstes Wolfspärchen in Ostdeutschland angesiedelt und Junge bekommen. Inzwischen leben in Deutschland gut 100 Wölfe in etwa zwölf Rudeln. Laut dem Plan gilt die Wolfspopulation im deutsch-polnischen Grenzgebiet als gesichert, wenn innerhalb von mindestens fünf Jahren ein

Wolfsbestand von 30 oder mehr Rudeln existiert, der sich fortpflanzt und in Kontakt mit anderen Populationen steht.

Wolfsmanagementpläne gibt es bereits in Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Bayern. Damit soll die dauerhafte Wiederbesiedlung von Wölfen in Deutschland vorbereitet werden. Der Brandenburger Wolfmanagementplan müsse nun mit Leben erfüllt und den zukünftigen Entwicklungen angepasst werden, fordert der WWF. Umweltverbänden hoffen auf den Ausbau des wissenschaftlichen Monitorings, die Regelung der Zuständig- und Verantwortlichkeiten und eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit. In Brandenburg sollen ein Wolfszentrum entstehen und jährlich Berichte über den Status des Wolfs herausgegeben werden. [ej]

- ▶ Wolfmanagementplan des Landes Brandenburg:
www.kurzlink.de/brbwolfman
- ▶ Stellungnahme WWF:
www.kurzlink.de/wwfwolfmanbrb

Landschaftsschutz

AlleenexpertInnen gesucht

■ Die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) hat Ende 2012 ein bundesweites Netzwerk für Alleenschutz gegründet. Dadurch sollen möglichst alle AlleinexpertInnen Deutschlands verknüpft und Ansprechpartner für den Alleenschutz in allen Bundesländern ermittelt werden.

Auf der Internetseite des Netzwerks sind ExpertInnen zu finden, an die sich Interessierte wenden können. Das Ziel ist, Menschen, die Alleen in ihrer Region schützen wollen, Kontakt zu den richtigen AnsprechpartnerInnen zu bieten. Für das Netzwerk sucht die SDW nun alle regional und lokal tätigen AlleinexpertInnen – Einzelpersonen ebenso wie Naturschutzverbände oder Bürgerinitiativen. Durch das Netzwerk will die SDW einen Schritt in Richtung nachhaltigem Alleenschutz in Deutschland machen. [ej]

- ▶ SDW, Sabine Krömer-Butz, Tel. +49 (0)228 / 9459835, E-Mail: sabine.kroemer-butz@sdw.de, www.alleen-fan.de

Bundesjagdgesetz

Jagdlobby schießt Reform ab

■ Eine ökologische Novellierung des Jagdgesetzes bleibt vorerst aus. Die Bundesregierung zog einen entsprechenden Entwurf überraschend zurück. Ende November hatte das Bundeslandwirtschaftsministerium einen Gesetzentwurf zur Änderung des Jagdrechts zur Stellungnahme für Länder und Verbände veröffentlicht. Dieser sollte einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) folgend die Pflichtmitgliedschaft von FlächeneigentümerInnen in einer Jagdgenossenschaft aufheben. Zusätzlich war geplant, die Fütterung von Wildtieren mit Arzneimitteln und Aufbaupräparaten zu verbieten und die Jagdzeiten anzupassen.

Anfang Dezember stoppte die Bundesregierung diese Änderungen jedoch wieder. Der Gesetzentwurf soll nun ausschließlich das EGMR-Urteil umsetzen. Alle anderen im Entwurf vorgesehenen Änderungen würden nicht weiterverfolgt. Umweltverbände kritisierten dies. „Die Bundesregierung lässt sich bei der geplanten Neugestaltung des Jagdgesetzes die Marschrichtung von rückwärtsgewandten Jägern diktieren“, so Olaf Tschimpke, Präsident des NABU. „Insbesondere das geplante Fütterungsverbot und die Änderung der Jagdzeitenverordnung hätten wesentlich zu einer Entschärfung des Wald-Wild-Konflikts beitragen können“, monierte der Präsident des DNR, Hartmut Vogtmann. [ej]

- ▶ www.dnr.de
- ▶ NABU-Stellungnahme:
www.kurzlink.de/nabubjagdgnv
- ▶ Neuer Entwurf der Novelle:
www.kurzlink.de/bmelvjagd12

Vogelschutz

Weniger Vögel durch Landwirtschaft

■ Der Naturschutzbund Deutschland (NABU) hat umfangreiche Auswertungen zur aktuellen Bestandssituation von Feld-

vögeln in Deutschland durchgeführt. Die von der Gregor Louisoder Umweltstiftung geförderte Studie belegt den starken Rückgang verschiedener Vogelarten. So ist die Zahl brütender Kiebitze in Deutschland in den letzten zwanzig Jahren um etwa 75 Prozent gesunken. Die Rebhuhnbestände sind bereits seit den 1970er-Jahren auf ein Bruchteil des ursprünglichen Umfangs geschrumpft. Seit 2008 nehmen die Bestände von 26 der 30 Feldvogelarten stetig ab. Für vier Vogelarten wurde eine kritische Bedrohung zur Brutzeit festgestellt.

Die AutorInnen der Studie machen die negativen Folgen intensiver Landwirtschaft für die Bestandsrückgänge verantwortlich. Vor allem der anhaltend hohe Pestizideinsatz, der Verlust naturnahen Grünlands, der Rückgang von Brachflächen und die Vergrößerung und Vereinheitlichung der Ackererschläge machten den Vögeln zu schaffen.

Deshalb fordert der NABU einen Kurswechsel in der EU-Agrarpolitik. Zehn Prozent der ökologischen Vorrangflächen müssten als Rückzugsräume geschaffen, Wiesen und Weiden durch ein Umbruchverbot gesichert und effiziente Maßnahmen für einen erfolgreichen Agrarvogelschutz angeboten werden. [ej]

- ▶ Nabu-Mitteilung: www.kurzlink.de/nabustfv
- ▶ Studie: Vögel der Agrarlandschaften: www.kurzlink.de/studievvalgus
- ▶ Gefährdungsursachen für Feldvogelarten: www.kurzlink.de/uebgefvg

TIERSCHUTZ & ETHIK

Tierschutzgesetz

Nutztiere bleiben schlecht geschützt

■ Im Dezember 2012 hat der Bundestag mit den Stimmen der Regierungskoalition eine Reform des Tierschutzgesetzes beschlossen. Wegen der EU-Tierschutzrichtlinien war eine Erneuerung des bisherigen Gesetzes nötig geworden.

Vor der Abstimmung wurde der ursprüngliche Gesetzesentwurf deutlich entschärft. So enthält das neue Tierschutzgesetz zwar Einschränkungen für Nutztierhalter, diese werden jedoch später als geplant umgesetzt. Für besonderes Aufsehen sorgte die Regelung zur Brandmarkierung von Pferden. Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner wollte den sogenannten Schenkelbrand komplett verbieten.

Das neue Gesetz beinhaltet jedoch lediglich eine Narkosepflicht ab 2019. Auch die Betäubungspflicht bei der Kastration von Ferkeln tritt erst 2019 in Kraft. Tierschutzverbände und die Opposition protestierten gegen die laschen Vorschriften. So bezeichnete der Deutsche Tierschutzbund die Umsetzung der EU-Vorschriften als „notdürftig“. Vorhandene Spielräume für mehr Tierschutz seien nicht genutzt worden, sagte der Präsident des Verbandes, Thomas Schröder. [fc]

- ▶ www.kurzlink.de/tierschutzgesetz1212
- ▶ www.tierschutzbund.de/5059.html

Neues Tierschutzlabel

Wie viel mehr ist mehr?

■ Mit dem „Mehr Tierschutz“-Siegel will der Deutsche Tierschutzbund die Haltung, Schlachtung und den Transport von Tieren verbessern. Hühner- und Schweinefleisch kann mit dem Siegel zertifiziert werden, andere Tierarten sollen folgen.

Das Label gibt es als Einstiegsstufe mit einem Stern und als Premiumvariante mit zwei Sternen: Betriebe dürfen ihre Produkte mit der Einstiegsstufe zertifizieren, wenn Schweine beispielsweise ein Drittel mehr Platz haben als gesetzlich vorgeschrieben. Ferkel dürfen nur unter Betäubung kastriert werden. Für Masthühner gilt das Siegel nur, wenn es sich um langsam wachsende Zuchtlinien handelt. Für die Premiumstufe gelten dagegen ähnliche Kriterien wie für Bio- und Neulandfleisch.

Im Vergleich zu konventionell hergestelltem Fleisch müssen Verbraucher bei dem „Mehr Tierschutz“-zertifizierten jedoch mit höheren Preisen rechnen. Doch

laut Thomas Schröder, dem Präsidenten des Deutschen Tierschutzbundes, verlangen die Konsumentinnen eine Tierschutzkennzeichnung.

Weniger zufrieden mit dem neuen Label sind Biobauern. Jan Plagge vom Bund für Ökologische Landwirtschaft (BÖLW) bezweifelt, dass Verbraucher auf die jeweilige Stufe des Siegels achten werden. Dabei gebe es große Unterschiede, was die Kriterien für artgerechte Tierhaltung betrifft. Zudem seien die bis jetzt ins Sortiment mancher Discounter und Supermarktketten aufgenommenen Produkte nur mit der Einstiegsstufe zertifiziert. Firmen wie Wiesenhof sollen angeblich die Premiumstufe gar nicht erst anstreben. Wenn allerdings die erste Stufe nicht nur Einstieg bleibt, könne sich die Premiumstufe nie etablieren, hieß es beim BÖLW weiter. [hk]

- ▶ www.tierschutzlabel.info
- ▶ www.tierschutzbund.de
- ▶ www.boelw.de

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

EU-Ratspräsidentschaft I

Neues Präsidentschaftstrio

■ Am 1. Januar hat mit der irischen Ratspräsidentschaft ein neues Ratspräsidentschaftstrio seine Arbeit begonnen. Dazu gehört Litauen im zweiten Halbjahr 2013 und Griechenland im ersten Halbjahr 2014. Im Dezember hat das Trio seine Agenda für die kommenden 18 Monate veröffentlicht. Im Umweltbereich will sich die Tripelpräsidentschaft mit dem Energiebinnenmarkt und einer modernen Verkehrsinfrastruktur beschäftigen. Der Rat will seine Arbeit zur Entwicklung einer grünen Wirtschaft in Europa fortsetzen und eine Einigung für das 7. Umweltaktionsprogramm erzielen. Europa soll weltweit eine Führungsrolle zum Klimawandel übernehmen. [bv]

- ▶ 18-Monatsprogramm der Ratspräsidentschaft: www.kurzlink.de/ir-li-gr-presid-trio

EU-Ratspräsidentschaft II

Zehn Prüfsteine für Irland

■ Das Europäische Umweltbüro (EEB) hat Ende Dezember seine traditionellen zehn grünen Prüfsteine für die neue EU-Ratspräsidentschaft veröffentlicht. Anhand dieser „10 Green Tests“ will es die umweltpolitische Arbeit der irischen Präsidentschaft bis Ende Juni beurteilen.

Das EEB sieht die Ratspräsidentschaft vor allem bei den großen Debatten und Reformen in der Pflicht. So seien ein Richtungswechsel der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik sowie die Ökologisierung des EU-Budgets dringend geboten. Außerdem müsse dem Wunsch nach einer neuen EU-Nachhaltigkeitsstrategie Ausdruck verliehen werden. Weitere zentrale Baustellen für die Präsidentschaft im Umweltbereich sind aus Sicht des EEB der Erhalt der europäischen Fischbestände, die Themenbereiche Klimawandel und Energieeffizienz sowie die Annahme eines ambitionierten 7. Umweltaktionsprogramms.

Auch stehen der Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Chemikalien, Luftreinhaltung, die adäquate Finanzierung von Natura 2000 sowie Transparenz und Rechenschaft auf der Agenda. Für problematisch hält das EEB die Entwicklung, dass in den letzten Jahren nur die Wirtschaft im Vordergrund stand und Umweltthemen keine Priorität eingeräumt wurde.

Die irische Ratspräsidentschaft selbst sieht eine Einigung mit dem Parlament auf das 7. Umweltaktionsprogramm in erster Lesung als wichtigsten Umweltzweck ihrer sechsmonatigen Amtszeit. Auch will sie Schlussfolgerungen zur neuen Strategie zur Anpassung an den Klimawandel verabschieden, die die Kommission im März vorlegen will.

Die nächsten Termine des Umweltrats sind am 21. März und am 18. Juni, das informelle Umweltministertreffen findet am 22. und 23. April gemeinsam mit den Energieministern statt. [bv]

- ▶ www.eu2013.ie
- ▶ www.kurzlink.de/prog-irische-ratspr (pdf)
- ▶ www.kurzlink.de/eeb10greentest-irish

Das Spiel mit Emissionsgutschriften in Europa: verspielt?

Viel zu viele Emissionsgutschriften treiben die Preise für CO₂ in den Keller und untergraben die EU-Klimaziele. Daher müssen die Mitgliedstaaten qualitative Einschränkungen fordern, sagt Eva Filzmoser von Carbon Market Watch.

Im November 2012 veröffentlichte die EU-Kommission einen Bericht zum Stand des Europäischen Kohlenstoffmarktes. Demnach ist das Europäische Emissionshandelssystem (EU-ETS) mit zwei Milliarden Emissionsgutschriften übersorgt. Außer Emissionsgutschriften, die zu Beginn des EU-ETS gratis verteilt wurden, gibt es Emissionsgutschriften von internationalen Klimaprojekten, die Emissionen in Entwicklungsländern durch den sogenannten Mechanismus für saubere Entwicklung (Clean Development Mechanism – CDM) reduzieren. Europäische Industrieanlagenbetreiber können etwa die Hälfte ihrer Reduktionsverpflichtungen mit diesen angekauften Emissionsgutschriften begleichen. Laut dem Kommissionsbericht sind CDM-Emissionsgutschriften für drei Viertel des Überschusses verantwortlich.

Dieser Überschuss hat den Preis pro Tonne CO₂ in den Keller getrieben. Um zu verhindern, dass das Emissionshandelssystem unter diesem Druck zusammenbricht, hat die Kommission in dem Bericht sowohl sofortige als auch langfristige strukturelle Maßnahmen vorgeschlagen. Obwohl es im Bericht heißt, ab 2020 den Zugang zu internationalen Zertifikaten ganz abzuschaffen, gibt es keine Überlegungen, den Zugang ab sofort einzuschränken.

Dies ist bedenkenswert, denn der Überschuss von internationalen Emissionsgutschriften senkt nicht nur die Preise, sondern untergräbt auch europäische Klimaziele, wenn die „Echtheit“ der Emissionsminderungen nicht garantiert werden kann. Ein kürzlich veröffentlichter Bericht des sogenannten High Level Policy Dialogue Panel des Clean Development Mechanism (CDM) kommt zu dem Schluss, dass bis 2020 mehr als drei Milliarden Emissionsgutschriften von Projekten stammen werden, die gar keine Emissionen reduzieren. Der Großteil der fragwürdigen Zertifikate stammt von Wasser- und Windkraftwerken, die allein für 1,3 Milliarden Emissionsgutschriften verantwortlich sind.

Der CDM Policy Dialogue-Recherchebericht stellt erhebliche Mängel bei CDM-Projekten fest, die

aus Stromerzeugung genug Gewinn erwirtschaften können, um lukrativ zu sein. Außer Wind- und Wasserkraft sind von diesem Problem hauptsächlich Erdgas und Kohleprojekte betroffen. Derartige Projekte werden den Prognosen zufolge über die Hälfte aller Emissionsgutschriften bis 2020 erhalten.

Beim 19. Klimagipfel der Vereinten Nationen in Doha 2012 waren die internationalen Politiker nicht bereit, diese Probleme anzugehen. Im Gegenteil, der CDM-Exekutivrat bestätigte kürzlich die Unterstützung für den Bau von neuen Kohlekraftwerken. Sechs Kohleprojekte wurden bereits registriert und werden in den nächsten zehn Jahren rund 90 Millionen unverdiente Emissionsgutschriften erhalten.

Trotz der Warnungen von anerkannten Wissenschaftlern schweigt die EU-Kommission. Andere Länder, die auch Emissionshandelssysteme einführen, haben schon Maßnahmen ergriffen: Neuseeland kündigte an, Emissionsgutschriften von großen CDM-Wasserkraftwerken nicht in ihrem System zuzulassen und Südkorea hat Emissionsgutschriften bis 2020 ganz ausgeschlossen.

Eine Entscheidung über den Überschuss mit Emissionsgutschriften wird derzeit sowohl in Brüssel als auch in den EU-Mitgliedstaaten diskutiert. Eine Lösung darf nicht nur auf den Überschuss von Emissionsgutschriften gerichtet sein, sondern muss auch die Qualität von Emissionsgutschriften aus Entwicklungsländern kritisch beleuchten. Im Angesicht der politischen Willenslosigkeit auf internationaler Ebene ist es notwendig, dass sich die Mitgliedstaaten zu Wort melden und qualitative Einschränkungen von Emissionsgutschriften fordern, um die ökologische Integrität unserer Klimaziele sicherzustellen.

Eva Filzmoser ist Geschäftsführerin von Carbon Market Watch.

Kontakt:

Tel. +32 (0) 499 21 20 81, E-Mail:

eva.filzmoser@carbonmarketwatch.org, www.carbonmarketwatch.org

EU-Ratspräsidentschaft III**EEB enttäuscht von Zypern**

■ Das Europäische Umweltbüro (EEB) hat im Dezember die zyprische EU-Ratspräsidentschaft beurteilt. Lediglich in den Bereichen „Nachhaltige Entwicklung nach Rio“ und in der Reform des Wassermanagements bewertete das EEB Zyperns Anstrengungen positiv. Die Bemühungen für das EU-Budget, die EU-Agrarreform und Rettung der Fischbestände beurteilte das EEB negativ. Zypern habe dazu beigetragen, ein Grab für das Greening der Reform zu schaufeln. Auch für die fehlende Transparenz gab es schlechte Noten. Bei Klima und Energie, Chemie, Gentechnik und Investitionen in Biodiversität erzielte die zyprische Ratspräsidentschaft keine echten Fortschritte. **[bv]**

- EEB-Bewertung der zyprischen Ratspräsidentschaft: www.kurzlink.de/eeb-assesment-cyprus

7. Umweltaktionsprogramm**Europas Umwelt bis 2020**

■ Die EU-Kommission hat Ende November ihren lange erwarteten Vorschlag für das 7. Umweltaktionsprogramm (UAP)

veröffentlicht. Das Programm, das die EU-Umweltpolitik bis 2020 leiten soll, trägt den Titel „Gut leben, innerhalb der ökologischen Grenzen unseres Planeten“.

Es hat neun Schwerpunkte, bei denen die Kommission und die Mitgliedstaaten bis 2020 aktiv werden sollen: Naturkapital, CO₂-arme Wirtschaft, Schutz der Bürger vor umweltbedingten Belastungen, Umsetzung von Umweltrecht, verbesserte Umweltdaten, Investitionssicherheit für Umwelt- und Klimapolitik, Verbesserung der Einbeziehung von Umweltbelangen und der Politikkohärenz, nachhaltige Städte sowie verbesserte Wirksamkeit der Umwelt- und Klimapolitik.

Das 7. UAP soll noch im ersten Halbjahr 2013 verabschiedet werden. Im EU-Parlament wird der französische EVP-Abgeordnete Gaston Franco Berichterstatter zum 7. UAP. Bisher bekannte Schattenberichterstatter sind Jo Leinen (S&D/Deutschland), Gerben-Jan Gerbrandy (ALDE/Niederlande) und Margarete Auken (Grüne/Dänemark). Die DNR-EU-Koordination begleitet den Prozess durch Veranstaltungen und ein Factsheet. **[am]**

- www.kurzlink.de/7.uap-inhalt-dnrnews
- 7. UAP: www.kurzlink.de/7.uap-vorschlag-kom
- Factsheet zum 7. UAP: www.eu-koordination.de/PDF/factsheet-7uap.pdf

EU-Haushalt**Von Gipfel zu Gipfel**

■ Am 7. und 8. Februar treffen sich die europäischen Staats- und Regierungschefs erneut, um über den mehrjährigen Finanzrahmen zu sprechen. Im November konnten sie sich nicht auf ein neues EU-Budget bis 2020 einigen und brachen die Verhandlungen ergebnislos ab. Bei den Verhandlungen ging es kaum um inhaltliche Schwerpunkte innerhalb des Haushalts, stattdessen stand allein die Gesamthöhe des Budgets im Vordergrund. Umweltverbände kritisierten diese einseitige Ausrichtung der Debatte und zeigten sich teilweise erleichtert, dass sich die Sparer zumindest nicht durchsetzen konnten. „Das Scheitern des Sondergipfels zum EU-Haushalt 2014 bis 2020 sollten Ratspräsident Herman Van Rompuy, die Mitgliedstaaten und das Europaparlament als Chance begreifen, den EU-Haushalt endlich grundlegend zu überarbeiten“, schrieb EU-Experte Claus Mayr vom NABU auf dem EU-Infoportal Euractiv. Umweltverbände hatten den Kompromissvorschlag von Van Rompuy vor dem Gipfel vor allem wegen der Verwässerungen im Agrarbereich kritisiert. **[am, bv]**

- Kommentar Claus Mayr (NABU): www.kurzlink.de/euractiv-2012-11mayr

Nachhaltigkeit

A-Z



S wie Suffizienzstrategie

Längst ist der weltweit steigende Energie- und Ressourcenverbrauch als eine der primären Ursachen für die wachsende ökologische Krise identifiziert. Doch welche Möglichkeiten einer Eindämmung bieten sich an? Würde eine Veränderung der Konsumstile die negativen Einwirkungen auf die Umwelt in der erforderlichen Weise minimieren? Oliver Stengel erforscht die Chancen und Barrieren der vielen als unrealisierbar geltenden Suffizienzstrategie.

O. Stengel
Suffizienz
Die Konsumgesellschaft in der ökologischen Krise

Wuppertaler Schriften zur Forschung für eine nachhaltige Entwicklung Band 1
394 Seiten, broschiert, 39,95 Euro, ISBN 978-3-86581-280-3

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft 

Klimaschutz

Konsensprinzip im Ministerrat in der Kritik

■ Das Europäische Parlament hat im November beanstandet, dass der Ministerrat häufig das Konsensprinzip bei Entscheidungen anwendet. Die Kritik ist Teil einer Resolution zu der Klimakonferenz in Doha (Katar). Im Vertrag von Lissabon sei vorgesehen, dass der Ministerrat bei der Aushandlung internationaler Abkommen wie der Klimakonferenz mit qualifizierter Mehrheit entscheidet. Die informelle Praxis, auf einen Konsens unter allen Ratsdelegationen zu warten, führe zu Verzögerungen bei dringenden Klimaschutzmaßnahmen. Die Umweltstiftung WWF begrüßte den Vorstoß des europäischen Parlaments. [ib]

- ▶ Entschließung des Europäischen Parlaments: www.kurzlink.de/ep-doha-22-11-12
- ▶ WWF: www.kurzlink.de/wwf-ep-doha-22-11-12

Straßburgwoche

Europäischer Gerichtshof schreibt „Wanderzirkus“ fest

■ Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat im Dezember die Tagungskalender des Europäischen Parlaments für 2012 und 2013 für nichtig erklärt. In beiden Jahren waren zwei der laut EU-Vertrag vorgeschriebenen zwölf Plenarsitzungen in Straßburg durch trickreiche Planung auf eine Woche gelegt worden. Dadurch mussten die Europaabgeordneten 2012 einmal weniger nach Straßburg pendeln.

Das von Frankreich angerufene EU-Gericht erklärte dies für unrechtmäßig. Denn eine „ordentliche Plenarsitzung“ müsse auch so lang dauern wie andere ordentliche Plenarsitzungen und dürfe nicht auf zwei Tage verkürzt werden. 88 Prozent der EU-Abgeordneten hatten im November 2012 für eine Vertragsänderung gestimmt, damit ein einziger Sitz möglich wird. Im Januar hat das Europäische Par-

lament einen neuen Sitzungskalender für 2013 mit zwölf viertägigen Plenartagungen in Straßburg verabschiedet, um der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs gerecht zu werden. Nun sind im Oktober zwei Sitzungswochen in Straßburg festgelegt. Die ursprünglich geplanten vier Miniplenarsitzungen in Brüssel entfallen. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/eu-news-wanderzirkus

Bessere Rechtssetzung

Bürokratieabbau in der Umweltgesetzgebung

■ Laut EU-Kommission werden bereits beschlossene Änderungen der Umweltgesetzgebung den Verwaltungsaufwand für Unternehmen durch Umweltauflagen um 302,7 Millionen Euro verringern. Zu diesen Ergebnissen kommt der im Dezember veröffentlichte Abschlussbericht der EU-Kommission über die Reduzierung des bürokratischen Aufwands. Die EU habe ihr Ziel erreicht, den Verwaltungsaufwand um 25 Prozent zu reduzieren. Er wurde parallel zu einer Bewertung über den Fortschritt der Agenda zur besseren Rechtssetzung der EU veröffentlicht.

Die EU-Kommission hat in den letzten Jahren Gesetzgebungsänderungen vorgenommen, um übermäßige Bürokratie zu reduzieren. Dafür nahm sie sich 72 Rechtsakte in 13 Schwerpunktbereichen vor, darunter Umweltgesetzgebung und Kohäsionspolitik. Von den Umweltgesetzen können die überarbeiteten Regeln zur Vereinfachung der Zulassung von Biozidprodukten am meisten Verwaltungsaufwand reduzieren. Die neuen Regeln werden ab September 2013 gelten.

Eine Expertengruppe zur Minderung von Verwaltungslasten in der EU erarbeitet seit 2008 unter dem Vorsitz von Edmund Stoiber Praktiken zur unbürokratischeren Umsetzung von EU-Recht in den Mitgliedstaaten. [uk]

- ▶ www.ec.europa.eu/governance/better_regulation

politische ökologie

Die Buchreihe für Querdenker und Vordenkerinnen

Bürgerbeteiligung 3.0

Zwischen Volksbegehren und Occupy-Bewegung



Die politische ökologie macht sich auf die Suche nach einer neuen Balance zwischen staatlicher Handlungsfähigkeit und demokratischer Mitbestimmung. Nicht nur in den USA, Spanien oder Israel haben die Bürger(innen) es satt, dass die Politik mehr Rücksicht auf die Lobbyinteressen nimmt als auf ihre Bedürfnisse. Auch hierzulande erhebt sich Volkes Stimme lauter als bislang gegen die Intransparenz politischer Entscheidungen. Durch die Verschärfung ökonomischer, sozialer und ökologischer Krisen scheint eine Toleranzgrenze überschritten zu sein. Auffallend kreativ und vielschichtig sind die modernen Protest- und Mitbestimmungsformen. Doch bringt eine stärkere Bürgerbeteiligung beispielsweise mehr Umweltschutz?

Mit Beiträgen von C. Leggewie, K. Selle, F. Ekardt, B. Hennig, M. Zschiesche, R. Roth, T. Bussemer u.v.m.



Bürgerbeteiligung 3.0
politische ökologie (Band 127)
144 Seiten, 16,90 EUR (zzgl. Versand),
ISBN 978-3-86581-283-4

Erhältlich bei
www.oekom.de, kontakt@oekom.de



Beihilfe**Reform der Verfahren**

■ Die Kommission hat im Dezember einen Vorschlag zur Reform der geltenden Beihilfeverordnungen vorgelegt. Damit will sie die Beihilfepolitik vereinfachen, die Bearbeitung von Beschwerden erleichtern und die Ermächtigungsverordnung erweitern. Beihilfe für Schäden durch Naturkatastrophen, die Forstwirtschaft, witterungsbedingte Schäden in der Fischerei, den Amateursport sowie bestimmte Arten von Beihilfen für den Verkehrssektor und für die Breitbandinfrastruktur dürfen nach Willen der Kommission die Mitgliedstaaten künftig selbstständig genehmigen. Für Beschwerden über staatliche Beihilfen sieht der Vorschlag präzisere und transparentere Voraussetzungen vor.

Im Rahmen der Modernisierung des Beihilferechts prüft die Kommission derzeit auch eine Reihe anderer Instrumente staatlicher Beihilfe, unter anderem die Leitlinien für Regionalbeihilfen, die Umweltschutzleitlinien sowie die Luftverkehrsleitlinien. Die Europäische Kommission hat im Dezember auch die deutschen staatlichen Beihilfen für den Waldklimafonds genehmigt. Für den Fonds zur Anpassung von Wäldern an den Klimawandel stehen in den Jahren 2013–2016 insgesamt 101,5 Millionen Euro für die Restaurierung von

Wäldern, für den Kauf von Waldland und Informationsmaterial zur Verfügung. [bv]

► www.europa.eu/rapid (Reference: IP/12/1316)

EU-Haushaltsordnung**Neuer Verwaltungsrahmen**

■ Am 1. Januar 2013 ist eine neue EU-Haushaltsordnung in Kraft getreten. In ihr ist der Verwaltungsrahmen für die EU-Haushaltsmittel der nächsten drei Jahre festgelegt. Sie informiert auch über die wichtigsten Regeln zur Verwendung von EU-Fördermitteln. Durch die Änderung der Haushaltsordnung sollen Antragsverfahren erleichtert, Kontrollen in den Mitgliedstaaten effizienter, Abrechnungsverfahren für EU-Projekte und Bürokratieabbau vereinfacht werden. Beispielsweise sollen mehr Pauschalbeträge bei EU-Projekten ermöglicht und die Fristen für Zahlungen und Bescheide verkürzt werden. Die neue Haushaltsordnung hat für alle ab dem 1. Januar startende Projekte Gültigkeit. Bis Ende 2015 bildet sie auch die Basis für Verordnungen zum Umgang mit EU-Geldern im mehrjährigen Finanzrahmen 2014–2020. [bv]

► www.kurzlink.de/eu-haushaltsordn2013

Grundsteuer**Hin zur Bodenwertsteuer**

■ Der DNR, der NABU und das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) unterstützen gemeinsam mit mehreren Bürgermeistern und weiteren Verbänden den Aufruf „Grundsteuer: Zeitgemäß!“. Vor der Reform der Grundsteuer sollen nach dem Willen der Unterzeichner neben der Besteuerung von Boden und Gebäuden auch die Konsequenzen einer „reinen Bodenwertsteuer“ und einer „kombinierten Bodenwert- und Bodenflächensteuer“ geprüft werden.

Denn eine rein bodenbasierte Grundsteuer befördere Investitionen in Gebäude, stärke die Ortskerne und wirke der Zersiedelung von Natur und Landschaft entgegen. Voraussichtlich im März berät die Finanzministerkonferenz über die Auswirkungen einer Grundsteuerreform für Immobilienbesitzer sowie den Verwaltungsaufwand einer Neubewertung von 35 Millionen Grundstücken. Der Aufruf richtet sich an die Finanzminister der Länder und an die kommunalen Spitzenverbände. [bv]

► www.dnr.de
 ► www.foes.de
 ► www.nabu.de
 ► www.grundsteuerreform.net

UNDISZIPLINIERT!
 FORSCHUNG OHNE FACHGRENZEN

GAIA – ÖKOLOGISCHE PERSPEKTIVEN
 FÜR WISSENSCHAFT UND GESELLSCHAFT
 ist eine transdisziplinäre Zeitschrift für Wissenschaftler und
 Wissenschaftsinteressierte, die sich mit Hintergründen, Analysen
 und Lösungen von Umwelt- und Nachhaltigkeitsproblemen befassen.

MIT PEER REVIEW

oekom
 verlag

Fordern Sie ein PROBE-ABO an! Infos unter www.oekom.de/gaia

GAIA
 ÖKOLOGISCHE PERSPEKTIVEN
 FÜR WISSENSCHAFT UND GESELLSCHAFT
 ECOLOGICAL PERSPECTIVES IN
 SCIENCE AND SOCIETY
 3 | 2013

FOCUS: 50 YEARS OF "SILENT SPRING"
 ENERGIETRÄGER HOLZ
 UMWELTETHIK

Öffentlichkeitsbeteiligung

Gerichtshof stärkt Bürger

■ Der Gerichtshof der EU hat im Januar ein Urteil zur Öffentlichkeitsbeteiligung bei umweltrelevanten Baumaßnahmen gefällt. In der Rechtssache zum Bau und Betrieb einer slowakischen Abfalldeponie entschied der Gerichtshof, dass die Öffentlichkeit Zugang zu einer Entscheidung über den Standort einer Anlage mit erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt haben muss. Die Bekanntgabe einer solchen Entscheidung dürfe nicht mit Berufung auf den Schutz von Geschäftsgeheimnissen abgelehnt werden, urteilten die Richter. Die Öffentlichkeit müsse auf Grundlage der Aarhuskonvention bei umweltrelevanten Verfahren und Planungsprozessen beteiligt werden und gebührenfreien Zugang zu Informationen erhalten. [bv]

- ▶ Gerichtshof EU: www.kurzlink.de/pm-C-416/10
- ▶ Urteil: www.kurzlink.de/urteil-C-416/10

VERKEHR & TOURISMUS

Schadstoffausstoß

Verkehrssektor immer noch Spitzenreiter

■ Der verkehrsbedingte Treibhausgasausstoß in der Europäischen Union konnte in den letzten Jahren nur minimal verringert werden. Dies geht aus dem Jahresbericht der Europäischen Umweltagentur (EEA) zu Umweltbelastungen im Verkehr hervor. Die EU-Instrumente, mit denen der Schadstoffausstoß reguliert werden soll, seien oft nicht effektiv genug, heißt es darin.

Der Bericht untersuchte, wie die Instrumente der EU-Gesetzgebung zur Schadstoffreduzierung im Verkehr dazu beitragen, die Umweltziele der Europäischen Union zu erreichen. In den vergangenen Jahren ging der Schadstoffausstoß nur leicht zurück. Laut EEA besteht noch Verbesserungsbedarf: So sind beispielsweise Schadstoffpartikel, die durch die Abnut-

zung von Bremsen, Reifen und Straßenbelag entstehen, bisher nicht reguliert. Obwohl neue Fahrzeuge umweltfreundlicher geworden sind, steigen laut EEA-Analyse der Stickstoff-, Dioxin- und Feinstaubausstoß weiterhin an, weil das Verkehrsvolumen insgesamt wächst. Während die Luftverschmutzung generell verringert werden konnte, seien Umweltbelastungen in Bodennähe weiter problematisch, schreiben die AutorInnen. Vor allem in Städten wird die Luft durch den Verkehr verschmutzt.

Positive Entwicklungen gibt es der EEA zufolge bei der Verminderung des CO₂-Ausstoßes. Die Schadstoffverminderung sei jedoch hauptsächlich auf die derzeit schlechte Wirtschaftslage zurückzuführen. Die Herausforderung bestehe nun darin, die Emissionen auch zu reduzieren, wenn die Wirtschaft wieder Fahrt aufnimmt. Das könne zum Beispiel durch wirtschaftliche Anreize geschehen. Daneben appellieren die AutorInnen des Berichts auch an BürgerInnen, umweltfreundlichere Verkehrsmittel zu nutzen. Sie fordern unter anderem einen höheren Anteil erneuerbarer Energien im Verkehrssektor sowie sauberere Technologien. [ej]

- ▶ EEA-Bericht: www.kurzlink.de/eeaumbelver

Flughafen Berlin-Brandenburg

Volk begehrt Nachtruhe und EU neue Flugrouten

■ Die EU-Kommission strebt Medienberichten zufolge ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland an, weil Flugrouten zu dem im Bau befindlichen Großflughafen Berlin-Brandenburg nicht auf Auswirkungen auf Umwelt und FFH-Gebiete untersucht wurden.

Die Flugrouten waren nach dem Planfeststellungsverfahren geändert und dann nicht erneut geprüft worden. Die Berliner Bürgerinitiative Friedrichshagen, die Grüne Liga und der NABU hatten im Herbst 2011 Beschwerde gegen die Flugrouten bei der EU-Kommission eingereicht.

Der Grüne EU-Abgeordnete Michael Cramer sagte im ARD-Magazin Kontraste, dass eine erneute Prüfung der Flugrouten zu Planungsänderungen und Kostensteigerungen führen könnten. Die Kosten des Flughafens werden mittlerweile auf über vier Milliarden Euro geschätzt. 2004 waren ursprünglich 1,7 Milliarden veranschlagt worden.

Außerdem ist ein Volksbegehren für ein Nachtflugverbot am neuen Flughafen erfolgreich abgeschlossen worden. Mehr als 106.000 Brandenburger haben das Volksbegehren unterzeichnet. Damit ist die erforderliche Stimmzahl von 80.000 überschritten. Das Volksbegehren fordert ein striktes Nachtflugverbot zwischen 22 und sechs Uhr. Nun muss sich der Potsdamer Landtag damit befassen. [am, ej]

- ▶ ARD-Kontraste, 10.1.2013: www.kurzlink.de/ard-kontraste-ber13
- ▶ Bürgerinitiative Friedrichshagen: www.fbi-berlin.org/archives/6026
- ▶ www.nachtflugverbot-ber.de

Bahnlärm

Schienenbonus bleibt auf der Strecke

■ Projekte des nächsten Bundesverkehrswegeplans ab 2016 werden ohne den sogenannten Schienenbonus umgesetzt. Dadurch erhalten AnwohnerInnen den gleichen Lärmschutz, wie er an Autobahnen schon eingehalten werden muss. Bisher waren Lärmschutzmaßnahmen an Schienen erst erforderlich, wenn deren Lärmbelastung den Pegel, der für Straßenverkehrslärm gilt, um einen bestimmten Wert überschritt. Angesichts der hohen Zuwächse des Schienenverkehrs und der starken Umweltbelastungen durch dessen Lärm, entschied der Bundestag nun, den Schienenbonus abzuschaffen. Auf Strecken, die nach der nächsten Änderung des Bundesschienenverkehrswegeausbaugesetzes 2016 eröffnet werden, wird der Bonus nicht mehr angewendet. [ej]

- ▶ Mitteilung des Bundestags: www.kurzlink.de/bundschiebo

WASSER & MEERE

Fischereireform

EU-Abgeordnete gehen voran

■ Die Abgeordneten im EU-Fischereiausschuss haben im Dezember über die Grundsatzverordnung der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) entschieden. In einer knappen Abstimmung sprachen sie sich unter anderem dafür aus, den Rückwurf von ungewollten Beifängen ab 2014 schrittweise zu verbieten.

Weiterhin sollen bis 2020 der dauerhaften Höchstertag in allen Beständen gesichert und künftig mehrjährige Befischungspläne für einzelne Bestände anstelle von jährlichen Quoten verhandelt werden. Außerdem sollen die Mitgliedstaaten dazu verpflichtet werden, Überkapazitäten in der Fischereiindustrie zu bewerten und abzubauen.

Das Bündnis OCEAN2012 zeigte sich erfreut über den Ausgang des Votums. „Der Ausschuss hat für das Ende von 30 Jahren gescheitertem Fischereimanagement gestimmt“, sagte die Koordinatorin des Bündnisses Uta Bellion. Der WWF wertete das Ergebnis als Zeichen, dass das EU-Parlament auf wissenschaftliche Befunde hört und will, dass sich Fischbestände erholen, so EU-Fischereiexperte Roberto Ferrigno. Die Umweltschützer fordern nun das Parlamentsplenium auf, der Position des Ausschusses zu folgen und in den Verhandlungen mit den EU-Fischereiministern hart zu bleiben.

Die EU-Fischereiminister beschlossen derweil Fangquoten für 2013 für verschiedene Fischbestände und Fanggebiete, darunter Hering und Kabeljau. In vielen Fällen hielten sich die Minister dabei an die Vorschläge der Kommission, in einigen reduzierten sie die Quoten jedoch weniger stark als empfohlen. [am]

- ▶ Fischereiausschuss:
www.kurzlink.de/fish-com-cfp1212
- ▶ www.ocean2012.eu/press_releases/99
- ▶ Fischereirat:
www.kurzlink.de/pr-fish-council-1212

Überfischung

Bericht bescheinigt systematische Ausbeutung

■ Die Naturschutzorganisation WWF stellt in einem Bericht die Überfischung in den europäischen Meeren in den Fokus. Dieser zeigt, dass die europäischen Fischereiminister im Durchschnitt 45 Prozent höhere Fischfangquoten beschließen als von Wissenschaftlern empfohlen. Für den Bericht haben Experten die offiziellen Fischereidaten für den Nordostatlantik von 2003 bis 2011 analysiert und beurteilt.

Mit den Quoten würden die Verantwortlichen die Überfischung der Bestände fördern anstatt sie zu schützen.

Auch die Fischfangquoten der für Deutschland bedeutenden Fischbestände in der Ost- und Nordsee entsprächen nicht den wissenschaftlichen Empfehlungen: 58 Prozent der von Ministern festgelegten Quoten seien höher als empfohlen. Allerdings sei es positiv, dass der Unterschied zwischen den festgelegten und den empfohlenen Quoten immer geringer wird. Der WWF fordert, dass dieser Trend in der Fischereireform beibehalten und beschleunigt werde. [hk]

- ▶ www.kurzlink.de/wwf-ueberfischung-12

Blaupause Wasser

Umweltminister zurückhaltend bei Effizienz

■ Der Umweltministerrat hat Mitte Dezember die Blaupause Wasser begrüßt, aber regionale Unterschiede bei der Entwicklung von Maßnahmen betont. Die EU-Kommission hatte die Blaupause im November veröffentlicht und darin eine Überprüfung der bestehenden EU-Wassergesetzgebung vorgenommen sowie mögliche neue Politikmaßnahmen zum Schutz der Wasserressourcen diskutiert (umwelt aktuell 12.2012, S. 24).

Die Umweltminister stimmten der Analyse zu, dass wahrscheinlich nur die

Hälfte der europäischen Gewässer bis 2015 das Ziel eines guten ökologischen Zustands erreichen werde. Sie forderten sich gegenseitig auf, die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie zu verbessern. In Bezug auf Wassereffizienz blieb der Umweltrat zurückhaltend: So sollten die von der Kommission vorgeschlagenen Wassereffizienzziele auf Flussgebietsebene nur „wenn relevant“ in die Bewirtschaftung integriert werden. Außerdem seien auch weiche Maßnahmen wie Informationskampagnen notwendig, um Wasser zu sparen. Die Kommission hatte in der Mitteilung auf die umfassende Bepreisung von Wasserdienstleistungen gepocht, die bereits in der Wasserrahmenrichtlinie festgelegt wurde.

Die MinisterInnen betonten, dass Wasserbelange besser in die Landwirtschafts-, Fischerei- und Kohäsionspolitik integriert werden müssten. Auch bei Maßnahmen zu erneuerbaren Energien und Stadtplanung und Verkehr müssten Wasserbelange stärker berücksichtigt werden. [am]

- ▶ Schlussfolgerungen der Umweltminister:
www.kurzlink.de/bluep-wat-counc-1212

Trinkwasserschutz

Mehr Schadstoffe anerkannt

■ Der EU-Umweltausschuss hat Ende November dafür votiert, 15 neue Substanzen zur Risikoliste der Richtlinie über prioritäre Stoffe hinzuzufügen. Darunter sind erstmals auch drei pharmazeutische Chemikalien. Die Abgeordneten stimmten damit dem Revisionsvorschlag der EU-Kommission zu. Die Einleitung von Substanzen in der Risikoliste soll begrenzt oder ganz eingestellt werden (umwelt aktuell 03.2012, S. 25).

Außerdem sprach sich der Umweltausschuss dafür aus, 25 Stoffe, die möglicherweise Oberflächengewässer bedrohen, ein Jahr lang zu überwachen. Die Stoffe sind in einer sogenannten Überwachungsliste zusammengestellt. Der Umweltausschuss will zudem eine Verknüpfung von Rechtsakten mit Chemikalienrelevanz, etwa von

REACH und der Wasserrahmenrichtlinie. Auf diese Weise soll es künftig möglich sein, das Gesetz anzuwenden, welches die zügigsten Handlungsmöglichkeiten erlaubt.

Greenpeace kritisierte, dass mehrere pharmazeutische Stoffe nur überwacht werden sollen, ihre Konzentration im Wasser aber nicht wie vorgeschlagen begrenzt wurde. „Der Umweltausschuss kratzt nur an der Oberfläche der Wasserverschmutzung“, sagte Chemikalienexperte Kevin Stairs. Die Chemikalien hätten gut belegte und ernsthafte Auswirkungen auf die Umwelt und Tiere in Flüssen und Seen.

Die Richtlinie über prioritäre Stoffe ist eine Tochterrichtlinie der Wasserrahmenrichtlinie. Die Liste der Stoffe wird alle vier Jahre überarbeitet. [am]

- ▶ EU-Umweltausschuss:
www.kurzlink.de/ep-env-prio-sub1112
- ▶ Reaktion Greenpeace:
www.kurzlink.de/gp-prio-sub-rea1112

Wasserrahmenrichtlinie

Agrarreform muss Wasserschutz integrieren

■ Europäische und deutsche Umweltverbände haben im Dezember drei Hauptforderungen für die Integration von Wasserschutz in die Gemeinsame Agrarpolitik veröffentlicht. Die NGOs fordern, dass künftig nur noch Landwirte von EU-Agrarsubventionen profitieren, die sich an ökologische Auflagen auf Basis der Wasserrahmenrichtlinie halten.

Derzeit ist die Wasserrahmenrichtlinie nicht Teil der ökologischen Auflagen, die in der Agrarreform diskutiert werden. Außerdem forderten die Verbände zehn Prozent ökologische Vorrangflächen. Diese sollen auch Feuchtgebiete, Flussauen und mindestens zehn Meter breite Pufferzonen zu Wasserläufen einschließen. Drittens soll die Förderung der ländlichen Entwicklung mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden und 50 Prozent dieser Mittel für agrarökologische Maßnahmen vorsehen.

Darunter verstehen die Verbände unter anderem Maßnahmen zur Wiederherstellung von Flussauen, zum Schutz von Feuchtgebieten, für extensives Grasens in Überschwemmungsgebieten und zur Förderung von ökologischer Landwirtschaft. [am]

- ▶ Grüne Liga, Wasserexperte Michael Bender, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 40393530, E-Mail: wasser@grueneliga.de, www.wrrl-info.de
- ▶ Positionspapier:
www.kurzlink.de/ngo-cap-wfd-1212

WIRTSCHAFT & RESSOURCEN

Ressourceneffizienzindikator

Ergebnisse der Konsultation veröffentlicht

■ Die EU-Kommission hat im Dezember die Ergebnisse ihres Konsultationsprozesses zu Ressourceneffizienzindikatoren online gestellt. Ein bedeutender Teil der Teilnehmer kritisierte Ressourcenproduktivität als Leitindikator. Stattdessen bevorzugten sie den Indikator „Raw Material Consumption“ (RMC), da dieser die gesamte Wertschöpfungskette betrachtet und weniger anfällig für Reboundeffekte ist. Viele Teilnehmer sprachen sich für Fußabdruckindikatoren aus, die den Leitindikator ergänzen sollen. Dazu gehören die Fußabdruckindikatoren für Land- und Wasserverbrauch sowie den CO₂-Ausstoß. [ib]

- ▶ Online Resource Efficiency Platform:
www.kurzlink.de/orepnews-result12/12

Kreislaufwirtschaft

EU-Expertengremium plädiert für Wende

■ Die Europäische Union muss die Wende zu einer ressourceneffizienten und regenerativen Kreislaufwirtschaft einleiten.

Das ist die Hauptaussage des „Manifests für ein ressourceneffizientes Europa“, das die europäische Plattform für Ressourceneffizienz (EREP) im vergangenen Dezember veröffentlicht hat. Die EREP nennt darin verschiedene Handlungsfelder, mit denen der Übergang in eine ressourceneffiziente Kreislaufwirtschaft erreicht werden kann.

Die Plattform empfiehlt unter anderem umweltschädliche Subventionen abzuschaffen. Zudem rät sie dazu, die Steuerlast von Arbeit auf den Verbrauch von Ressourcen zu verschieben. Die EREP spricht sich außerdem für Fußabdruckindikatoren aus. Die Plattform wurde im Sommer von EU-Umweltkommissar Janez Potočnik als beratendes Expertengremium gegründet. [ib]

- ▶ Grundsatzpapier EREP:
www.kurzlink.de/memo-erep-wende12/12

Ökodesign

Arbeitsplan und neue Verordnung veröffentlicht

■ Mitte Dezember hat der Ministerrat der Europäischen Union den Arbeitsplan zur Ökodesignrichtlinie von 2012 bis 2014 veröffentlicht. Die EU-Kommission will demnach die Umsetzung der vorhandenen Bestimmungen in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten stellen. Sie will zudem die Einbindung zwölf neuer Produktgruppen vorbereiten, darunter Fenster und wasserbezogene Produkte wie etwa Wasserhähne.

Darüber hinaus wurden im vergangenen Dezember neue Regelungen für elektrische Leuchtmittel im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht. In der neuen Verordnung werden auch Ökodesignanforderungen für LED-Lampen formuliert. [ib]

- ▶ Zweiter Arbeitsplan Ökodesign (PDF):
www.kurzlink.de/ec/wp2ecodesign12/12
- ▶ Verordnung für elektrische Leuchtmittel (PDF):
www.kurzlink.de/EUecodesign1194/2012

Nachhaltigkeit

A-Z

S wie
Suffizienz

Effizienzsteigerungen allein reichen nicht aus, um Ressourcenverbrauch und CO₂-Ausstoß zu senken. Wir müssen unser Konsumverhalten insgesamt überdenken.

In seinem Buch »Weder Mangel noch Übermaß. Warum Suffizienz unentbehrlich ist« erklärt Manfred Linz nicht nur, warum wir einen genügsameren Lebensstil pflegen sollten. Er zeigt auch, dass mehr Suffizienz auch mehr Gerechtigkeit bringt – und beschreibt anschaulich ihre praktische Umsetzung.

M. Linz
Weder Mangel noch Übermaß
Warum Suffizienz unentbehrlich ist
146 Seiten, broschiert, 19,95 Euro,
ISBN 978-3-86581-399-2

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de


Die guten Seiten der Zukunft

Wachstumsdebatte**Transformation versus Wohlstand**

■ Die Enquetekommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität des Deutschen Bundestages hat Mitte Januar den Abschlussbericht der Projektgruppe „Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft“ verabschiedet. Nach einer kontroversen Debatte stimmten 16 Kommissionsmitglieder für den Entwurf von Union und FDP, 14 stimmten dagegen und zwei enthielten sich. In dem Bericht heißt es, dass wirtschaftliches Wachstum zwar kein Politikziel sei, jedoch ein geeigneter Indikator, um die wirtschaftliche Situation und den materiellen Wohlstand zu erfassen.

Der Gegenentwurf von SPD, Grünen und Linken wird als Minderheitenvotum in den Beratungsprozess der Enquetekommission eingehen. Angesichts sozialer Ungleichheit und ökologischer Krisen wie dem Klimawandel sprechen sich die Oppositionsfraktionen dafür aus, eine sozial-ökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft anzustreben. [ib]

► Berichtsentwurf Koalitionsfraktionen (PDF):
www.kurzlink.de/enquete-wwl-gr1a1/13

► Berichtsentwurf Oppositionsfraktionen (PDF):
www.kurzlink.de/enquete-wwl-gr1b1/13

Ressourcenschutz Deutschland**Konzept für Gesetz liegt vor**

■ Das Umweltbundesamt (UBA) hat Ende 2012 ein übergreifendes Regelungskonzept für ein Ressourcenschutzrecht veröffentlicht. Wesentlicher Baustein ist die Einführung eines Bundesressourcenschutzgesetzes. Das in der Studie untersuchte Instrumentenset umfasst stoff-, produkt-, ressourcen-, anlagen- sowie planungsbezogene Instrumente und berücksichtigt deren mögliche Kombinierbarkeit. Darüber hinaus zeigt die Studie Handlungsmöglichkeiten auf.

Der Vorschlag beruht auf den Erkenntnissen aus einem vom UBA beauftragten Forschungsprojekt. Der Bericht umfasst 661 Seiten und ist für 87,80 Euro bei der Behörde zu bestellen. [ib]

► UBA-Newsletter Dezember 2012 (PDF):
www.kurzlink.de/uba-newsletter-12/12

Grüne Wirtschaft**Umfrage zu nachhaltiger Unternehmensführung**

■ MUVEO, der Veranstalter des nawi-Kongresses (nachhaltig wirtschaften) hat gemeinsam mit dem Centre for Sustainability Management der Leuphana Universität Lüneburg eine Umfrage zu nachhaltiger Unternehmensführung entwickelt. Der Fragebogen ist auf der Homepage des nawi-Forums verfügbar. Eine Teilnahme ist noch bis zum 24. Februar möglich. [ib]

► nawi-Forum, Bad Homburg, Tel. +49 (0)6172 / 76199-0, Fax -19, E-Mail: laengenfelder@laengenfelder.de, www.nawi-forum.de

Ressourcenpolitik**DNR-Themenheft in Printversion**

■ Das DNR-Themenheft „Ressourcenpolitik: Prozesse und Player“ ist ab sofort in gedruckter Fassung erhältlich. Es stellt die wichtigsten Prozesse sowie die zentralen Akteure und AnsprechpartnerInnen auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene in übersichtlichen Steckbriefen vor. Den DNR-Mitgliedsverbänden wird das Heft kostenlos zur Verfügung gestellt. Alle anderen Interessierten können das Heft gegen eine Schutzgebühr von zwei Euro zuzüglich Versandkosten beziehen. [ib]

► DNR-Themenheft (PDF):
www.kurzlink.de/dnr-themenheft-IV12

Vom BIVKO zum BUVKO – Netzwerk für nachhaltige Mobilität

Seit 35 Jahren wird in der Bewegung für nachhaltige Mobilität „genetzwerk“, lange bevor es den Begriff überhaupt gab. Alle zwei Jahre treffen sich neben vielen interessierten Laien Vertreterinnen und Vertreter von Umwelt- und Verkehrsverbänden zur Diskussion auf „neutralem Boden“ des „Bewegungskongresses“. Der nächste Kongress findet vom 15.–17. März in Berlin statt. Veranstalter ist der Verein Umkehr.

■ Die Bürgerinitiative Westtangente (BIW) veranstaltete 1978 den 1. Bürgerinitiativen-Verkehrskongress (BIVKO) in Berlin mit 200 TeilnehmerInnen aus der damaligen Bundesrepublik, um Erfahrungen mit anderen Aktiven auszutauschen. Die BIW wurde nach diesem Kongresserfolg von den BI-Vertretern beauftragt, die bundesweiten Kontakte zu halten und zu pflegen. Daraus entstand der Arbeitskreis Verkehr, der in der Folgezeit zur Bundeskoordination der Verkehrs-Bürgerinitiativen wurde. Der nächste Kongress fand bereits 1979 in Mülheim/Ruhr statt. Danach wurden die Kongresse in zweijährigem Rhythmus an wechselnden Orten vom Arbeitskreis Verkehr und Umwelt, dem jetzigen Informations- und Beratungsbüro für Verkehr und Umwelt Umkehr in Zusammenarbeit mit örtlichen Bürgerinitiativen, Ortsgruppen von Verbänden beziehungsweise Universitäten und seit 1987 in Kooperation mit dem Fußgängerverband Fuss durchgeführt.

Impulsgeber für die verkehrspolitische Diskussion

Da zu den Kongressen immer mehr Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Umwelt- und Verkehrsverbänden, Parteien, Hochschulen und Verwaltungen kamen und nicht mehr hauptsächlich Mitglieder von Bürgerinitiativen, wurde die Veranstaltung ab 2001 in „Bundesweiter Umwelt- und Verkehrskongress (BUVKO)“ umbenannt.

Trotz der thematischen Vielfalt hatte jeder Kongress seine inhaltlichen Schwerpunkte. Häufig wurden hier gemeinsam die Grundlagen der bundesweiten Zusammenarbeit entwickelt oder Themen erstmals behandelt, die dann jahrzehntelang eine wesentliche Rolle spielten, wie die Tempo-30-Diskussion (4. BIVKO, 1983, Kiel).

Aktuellere Beispiele sind der Münchner Kongress 2003, auf dem die Frage behandelt wurde, wie die Kommunen trotz der Finanzknappheit Mobilität gewährleisten können und der Bremer Kongress, bei dem diskutiert wurde, wie die Vorgaben der EU in den Kommunen umgesetzt werden sollen. In Stuttgart wurden 2007 die Chancen und Risiken des demografischen Wandels für den Verkehr diskutiert, in Dresden wurde 2009 ausgelotet, was ein nachhaltiger kommunaler Verkehr, der Fußgänger, Radfahrer und Nutzer öffentlicher Verkehrsmittel fördert, für das Klima leisten kann.

Nicht nur fürs Fachpublikum – das Engagement aller ist gefragt

Die Kongresse richteten sich nie ausschließlich an Fachleute. Dennoch trafen sich hier stets hoch qualifizierte Experten mit politisch Aktiven oder auch nur Interessierten auf Augenhöhe und tauschten sich aus. Ganz wesentlich war stets das Engagement vor Ort: Die lokalen Mitveranstalter führten regelmäßig Exkursionen zu verkehrspolitischen Brennpunkten in der jeweiligen Stadt durch und realisierten gemeinsam mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern fantasievolle Aktionen. Alle BUVKOs wurden von einem Kulturprogramm abgerundet.

Durch finanzielle Förderungen und Sponsoren, durch Honorarverzicht von Referentinnen und Referenten und durch die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer bei der Vorbereitung und Durchführung haben alle BUVKOs Überdurchschnittliches zu einem unterdurchschnittlichen Teilnehmerbeitrag geboten. Beim 18. Kongress in Trier im Jahr 2011 blickten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf das Geleistete zurück und zogen Bilanz, wo die Bewegung für

eine nachhaltige Mobilität derzeit steht. Diese über 30-jährige Zusammenarbeit der Verkehrs-Aktiven in Deutschland zeigt damit eine Kontinuität, die es so wohl in keinem anderen Umweltthemenbereich gibt. Vor, während und nach dem 18. BUVKO entstand mit dem „Trierer Manifest“ ein Positionspapier der Bewegung für nachhaltige Mobilität. Damit die Verkehrswende im 21. Jahrhundert gelingt, forderten Bürgerinitiativen, Verbände und Einzelpersonen darin unter anderem eine verantwortliche Verkehrspolitik, die zum Beispiel den Fußgänger- und Radverkehr stärkt.

Blick in die urbane Zukunft – mobil in grünen Städten

Beim kommenden 19. Kongress vom 15.–17. März in Berlin wollen die Beteiligten mit dem Motto des BUVKO „Städte in Zukunft: grün+mobil“ der Verkehrs-, Umwelt- und Stadtplanungsdiskussion einen kräftig grünen Tupfer verpassen. Das geplante Abschlusspapier soll als „Berliner Appell“ die Verantwortlichen in den Kommunen und auch die Bürgerinnen und Bürger dazu ermuntern, die Diskussion über „grüne“ Grundsätze bei der Entwicklung ihrer Gemeinde oder Stadt zu fördern und die entsprechenden Verbesserungen der Lebensqualität einzufordern beziehungsweise umzusetzen. Wir stellen die ersten Gedanken in Form von bislang 16 Thesen bereits jetzt zur Diskussion. Interessenten können sich damit auseinandersetzen und mitdiskutieren. **[Stefan Lieb]**

- ▶ Umkehr, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 4927473, E-Mail: info@buvko.de, www.buvko.de
- ▶ Trierer Manifest: www.kurzlink.de/triermanifest-buvko
- ▶ Thesen für den Berliner Appell: www.buvko.de/berliner-appell.html

DNR INTERN

Mitgliederversammlung

Topthema 2013: Energiewende naturverträglich gestalten

■ Die Mitgliederversammlung (MV) des DNR hat am 1. Dezember 2012 in Berlin ein neues Präsidium gewählt: Präsident ist Hartmut Vogtmann, 1. Vizepräsident Leif Miller, NABU. Die 2. Vizepräsidentin ist Undine Kurth, BUND. Als Schatzmeisterin wurde Kornelie Blumenschein vom Ökolandbauverein Gää im Amt bestätigt.

Beisitzer im Präsidium sind Elisabeth Emmert (Ökologischer Jagdverein), Gerlinde Hoffmann (Deutsche Reiterliche Vereinigung), Kai Niebert (NaturFreunde Deutschlands), Sebastian Schönauer (Bund Naturschutz in Bayern), Ludwig Sothmann (Landesbund für Vogelschutz), Ludwig Wucherpfennig (Deutscher Alpenverein). Jugendvertreter ist Martin Geilhufe (BUNDjugend). Hubert Weinzierl wurde als Präsident verabschiedet und zum Ehrenpräsidenten ernannt. Die Laudatio hielt Bernd Lötsch, Wien. Bundesumweltminister Peter Altmaier würdigte das Lebenswerk von Weinzierl.

Die MV verabschiedete einstimmig die Jahresplanung 2013. Ein Hauptschwerpunkt der Arbeit des DNR wird dieses Jahr die naturverträgliche Begleitung der Energiewende sein. Die Energiewende war auch das Thema von Gastredner Altmaier. Zudem nahm die MV zwei Resolutionen zur Energiewende sowie zum Transformationsprozess an. Die Leitbilddebatte soll fortgesetzt und bei der nächsten Mitgliederversammlung am 30. November 2013 abgeschlossen werden. Der Dachverband wurde durch drei Neuaufnahmen verstärkt: DBIB, Ecoland, Gregor Louisoder Stiftung (siehe folgende Portraits).

- ▶ Leit Antrag DNR-Präsidium zur Energiewende: www.dnr.de/downloads/leit-antrag-dnr-praesidium-zur-energiewende.pdf
- ▶ Resolution NaturFreunde zum Transformationsprozess: www.dnr.de/downloads/resolution-transformationsprozess-naturfreunde.pdf

AUS DEN VERBÄNDE

Portraitserie

Mitglieder des DNR

■ Die 96 Mitgliedsverbände des DNR sind sehr vielfältig und haben unterschiedliche Schwerpunkte. Um den Leserinnen und Lesern einen Überblick zu verschaffen, werden in dieser Rubrik in regelmäßigen Abständen die einzelnen Verbände in Form von Kurzportraits vorgestellt. Den Auftakt bilden die drei neuen Verbände, die im Dezember auf der Mitgliederversammlung aufgenommen wurden. Danach werden die Portraits in alphabetischer Reihenfolge fortgesetzt.

DBIB

Der Deutsche Berufs- und Erwerbsimkerbund (DBIB) sieht es als seine Aufgabe, die derzeit 700 Mitglieder in ihren Interessen zu vertreten und zu unterstützen. Wichtig ist dem Verband seit der Gründung im Jahr 1928, dass ein Meinungs- und Erfahrungsaustausch zwischen den Mitgliedern und dem Verband besteht.

Der Fokus liegt auf haupt- und nebenberuflichen Imkereibetrieben, denen unter anderem Weiterbildungen in Form von Veranstaltungen angeboten werden: die Großimkertage in Soltau am ersten Januarwochenende und die süddeutschen Berufs- und Erwerbsimkertage in Donaueschingen am vierten Oktoberwochenende. Auf beiden Veranstaltungen kann man eine Imkerfachausstellung besuchen und an Seminaren und Workshops teilnehmen. Themenschwerpunkte sind beispielsweise die Produktionstechnik oder die Zucht. Mitglied werden kann jeder, der Bienen hält. [hk]

- ▶ DBIB, Manfred Hederer, Utting am Ammersee, Tel. +49 (0)8806 / 924509, Fax: -972, E-Mail: info@berufsimker.de, www.berufsimker.de

Ecoland

Die Förderung des Ökolandbaus ist für den Verband für ökologische Land- und Ernährungswirtschaft Ecoland das oberste Ziel. Seit der Gründung durch den Vorsitzenden Rudolf Bühler zusammen mit vier weiteren

Landwirten 1997 werden speziell in dem Aktionsbereich des Vereins in Hohenlohe und Baden-Württemberg die Bauern unterstützt. Ecoland ist beispielsweise im Bereich der Verbraucheraufklärung, der Öffentlichkeitsarbeit und der Vertretung agrarpolitischer Interessen tätig.

Der Verband legt besonders Wert auf Fortbildung sowie Meinungs- und Erfahrungsaustausch. Des Weiteren werden die derzeit 40 Mitglieder von Ecoland bei Fragen zum ökologischen Landbau fachlich beraten und betreut. Ökologische Landwirte oder Lebensmittelhersteller sind als Mitglieder jederzeit herzlich willkommen. Interessierte Verbraucher und Wissenschaftler haben die Möglichkeit einer Fördermitgliedschaft. [hk]

- ▶ Ecoland, Rudolf Bühler, Wolpertshausen, Tel. +49 (0)7904 / 9797-60, Fax: -79, E-Mail: info@ecoland.de, www.ecoland.de

Gregor Louisoder Umweltstiftung

Die Gregor Louisoder Umweltstiftung setzt sich seit 1995 für den Erhalt der Natur und unserer Lebensgrundlagen ein. Außerdem werden Projekte anderer Organisationen gefördert. Diese müssen mindestens einem der folgenden Themengebiete zugeordnet werden: Umwelt- und Naturschutz im Ballungsraum München, Landnutzung in Deutschland oder weltweite Projekte mit dem Anreiz für Naturschutz.

Darüber hinaus führt die gemeinnützige Stiftung eigene Projekte wie „Landwirtschaft konkret“ oder die „Imagekampagne für Naturschutz“ durch. Regelmäßig werden Förderpreise an Nachwuchswissenschaftler verliehen, deren Masterarbeiten oder Dissertationen für den Schutz der Umwelt wichtig sind. Die Abschlussarbeiten müssen sich mit einem Thema aus den Forschungsgebieten Biologie, Geo- und Umweltwissenschaften, Forst- und Agrarwissenschaften oder Wirtschaftswissenschaften beschäftigen. [hk]

- ▶ Gregor Louisoder Umweltstiftung, Claus Obermeier, Tel. +49 (0)89 / 54212142, Fax +49 (0)89 / 52389335, E-Mail: info@umweltstiftung.com, www.umweltstiftung.com

PREISE UND AUSSCHREIBUNGEN

Deutscher Engagementpreis

Streiter für Stadtökologie ausgezeichnet

■ Der Deutsche Engagementpreis 2012 in der Kategorie Einzelperson ist im Dezember an Jürgen Ludwig aus Thüringen verliehen worden. Der 70-Jährige erhielt die Auszeichnung für sein langjähriges erfolgreiches Engagement in der Interessengemeinschaft Stadtökologie Arnstadt. Er gilt als „unermüdlicher Streiter für Nachhaltigkeit in der eigenen Region“, sagte die Laudatorin Nina Eichinger. Er hat sich nicht nur für die Lokale Agenda 21 eingesetzt, sondern auch in städtischen Ausschüssen für mehr Umweltschutz in Arnstadt gestritten.

Regelmäßig veranstaltet er Umwelt- und Erlebnismärkte und eine jährliche Fahrradtour zum „Natur erfahren“. Ludwig selbst kommentierte die Auszeichnung: „Ich allein wäre ja eigentlich nichts. Viele sind beteiligt. Engagement kann sich nur auswirken, wenn ich andere anstoße.“ Der Poetry-Slam-Künstler Lasse Samström leitete die Preisvergabe mit einem Schüttelreimgedicht über den Klimawandel

und die „schmelzenden Kolpappen“ passend ein. Bei der Preisverleihung im Deutschen Theater in Berlin betonten zahlreiche RednerInnen, wie wichtig die Arbeit der rund 23 Millionen freiwillig Engagierten in Deutschland ist. Heribert Prantl von der Süddeutschen Zeitung sagte: „Die Politiker machen mit großen Rettungsschirmen umstrittene Makropolitik. Die Ehrenamtlichen machen mit kleinen Rettungsschirmen unumstrittene Mikropolitik.“ Weitere Preise bekamen die Initiative Storch Heinar/Endstation Rechts, das Projekt Golzheim aktiv, ZiP – Zusammen in Parchim, die Stadt Pirmasens, der Verein Kickfair und das Programm RWE Companius. Die Veranstalter waren das Bündnis für Gemeinnützigkeit und die Generali Deutschland. [jg]

- ▶ www.deutscher-engagementpreis.de
- ▶ IG Stadtökologie Arnstadt, Tel. 03628 / 640723, E-Mail: arnstadt@grueneliga.de

Welttourismuspreis

Initiative „Landschaft des Jahres“ gekürt

■ Die Naturfreunde Internationale (NFI) haben für ihre Regionalentwicklungsinitia-

tive „Landschaft des Jahres“ den sogenannten Ulysses Award erhalten. Mit diesem Preis zeichnet die Welttourismusorganisation (UNWTO) herausragende Leistungen und Innovationen im Tourismus aus. Die Preisverleihung fand im November in Istanbul statt. Der Ulysses Award gilt als „eine Art Nobelpreis für Tourismus“.

Alle zwei Jahre ernennen die NFI eine grenzüberschreitende europäische Region von hohem ökologischen Wert zur Landschaft des Jahres. Die nächste Landschaft des Jahres 2013/14 ist der Oberrhein. Hier geht es um die grenzüberschreitende Regionalentwicklung. Das Projektgebiet umfasst auf der deutschen Seite Süd- und Mittelbaden, die Südpfalz, in Frankreich das Elsass und in der Schweiz die Kantone Basel-Stadt, Basel-Land, Jura, Solothurn und Aargau.

Mit der Festlegung der Landschaft des Jahres soll das öffentliche Interesse auf die jeweilige Landschaft gelenkt und die nachhaltige Entwicklung in der Region unterstützt werden. Ein Schwerpunkt ist die Förderung des nachhaltigen Tourismus. Dadurch soll auch die Biodiversität geschützt werden. [mbu]

- ▶ www.landschaftdesjahres.net
- ▶ www.oberrhein.naturfreunde.de
- ▶ Naturfreunde Internationale Wien, Tel. +43 (0)1892 / 3877-24, www.nf-int.org

LUST AUF NATUR & Wildnis?

**PROBEABO
jetzt anfordern!**

9,- Euro statt 15,80
Euro (inkl. Versand)
unter: kontakt@oekom.de

**LESEPROBEN
für alle, die gleich
mehr über Wildnis,
Nationalparks und
Großschutzgebiete
lesen möchten:**

www.oekom.de/nationalpark

oekom
verlag

Nationalpark

Wo Mensch und Wildnis sich begegnen

Nr. 100 (11/2012) • 100000 • 800017



JETZT
 Probeabo
 anfordern

HERAUSGEBER: Verein der Nationalpark-Freunde e.V.

TERMINE

FEBRUAR

04.02., Berlin (D)
**Umweltbewegung
 und Wirtschaft.**
 Tagesseminar
 ▶ Deutsche
 Umweltstiftung,

Tel. +49 (0)30 / 202384-281, Fax -829, E-Mail:
 kontakt@deutscheumweltstiftung.de, www.
 deutscheumweltstiftung.de

05.–07.02., Stockholm (SE)

**Windkraft und Auswirkungen auf Menschen,
 Tierwelt und Natur (CWE 2013).** Kongress

▶ Vindval, Kerstin Jansbo, Tel. +46 (0)10698 / 1456,
 E-Mail: cwe2013@swedishepa.se,
 www.naturvardsverket.se/CWE2013

07.–09.02., Stuttgart (D)

CEB Clean Energy Building. Messe

▶ REECO GmbH, Tel. +49(0)7121 / 3016-0, Fax -100,
 E-Mail: redaktion@reeco.eu, www.cep-expo.de

15.–17.02., Tutzing am Starnberger See (D)

Wald – Energie – Landschaft. Tagung

▶ Evangelische Akademie, Dr. Axel Schwanebeck,
 Tel. +49 (0)8158 / 251122, Fax +49 (0)8158 / 996422,
 E-Mail: schwanebeck@ev-akademie-tutzing.de,
 www.ev-akademie-tutzing.de

19.–20.02., Berlin (D)

2. Internationaler Agrarholzkongress 2013

▶ Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe, Deutsche
 Landwirtschafts-Gesellschaft, Nuse Lack-Ersöz, Tel.
 +49 (0)3843 / 6930-136, E-Mail: n.lack@fnr.de,
 www.fnr.de/Agrarholz_2013

22.–23.02., Ammersbeck (D)

**Erze, Elemente, Emotionen. Literarische und
 umweltethische Annäherungen an Romantik und
 Gegenwart.** Tagung

▶ UmweltHaus am Schüberg/Katholische Akademie
 Hamburg, Thomas Schönberger, Tel. +49 (0)40 / 605-
 1014, Fax -2538, E-Mail: schoenberger@haus-am-
 schueberg.de, www.haus-am-schueberg.de

22.–24.02., Tutzing am Starnberger See (D)

Schöne neue Welt? Tagung

▶ Evangelische Akademie, Dr. Axel Schwanebeck,
 Tel. +49 (0)8158 / 251122, Fax +49 (0)8158 / 996422,
 E-Mail: schwanebeck@ev-akademie-tutzing.de,
 www.ev-akademie-tutzing.de

25.–26.02., Tutzing am Starnberger See (D)

Strategische Metalle für die Energiewende. Tagung

▶ Evangelische Akademie, Dr. Axel Schwanebeck,
 Tel. +49 (0)8158 / 251122, Fax +49 (0)8158 / 996422,
 E-Mail: schwanebeck@ev-akademie-tutzing.de,
 www.ev-akademie-tutzing.de

MÄRZ

01.–03.03., Rehburg-Loccum (D)

Ökologisch handeln. Auch in Gottes Namen! Tagung

▶ Evangelische Akademie Loccum, Dr. Lidwina
 Meyer, Tel. +49 (0)5766 / 81-103, E-Mail: lidwina.
 meyer@evlka.de, www.loccum.de

05.03., Berlin (D)

5. Nationales Forum zur biologischen Vielfalt

▶ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und
 Reaktorsicherheit, Bundesamt für Naturschutz,
 Arno Todt, Tel. +49 (0)2233 / 4814-52,
 Fax -50, E-Mail: arno.todt@nova-institut.de,
 www.nationalesforum-biologischevielfalt.de

06.03., Witten (D)

**Wandlungsprozess Nachhaltigkeit. Von der
 Defensive in die Offensive.** Zukunftskonferenz Food

▶ Zentrum für Nachhaltige Unternehmensführung
 (ZNU) u.a., Alicia Seifer, Tel. +49 (0)2302 / 926-545,
 E-Mail: alicia.seifer@uni-wh.de, www.uni-wh.de/
 index.php?id=4321

13.03., Darmstadt (D)

**Smart Energy Cities – Technische Entwicklungen,
 Marktetablierung, Regulierung. 2. Darmstädter
 Ingenieurkongress Bau und Umwelt**

▶ Öko-Institut, Technische Universität Darmstadt,
 www.oeko.de/aktuelles/veranstaltungen/dok/324.
 php?eingabe=ja&mid=261

13.–14.03., Tutzing (D)

Fukushima und die Konsequenzen. Tagung

▶ Evangelische Akademie Tutzing, BUND, Tel. +49
 (0)8158 / 251-146, Fax +49 (0)8158 / 996443,
 E-Mail: info@ev-akademie-tutzing.de,
 http://web.ev-akademie-tutzing.de/cms/index.php

15.–17.03., Berlin (D)

Städte in Zukunft grün und mobil. Umwelt- und
 Verkehrskongress

▶ BUVKO, E-Mail: info@buvko.de, www.buvko.de

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 44

Weitere Termine: www.dnr.de/termine

Impressum

umwelt aktuell Februar 2013

ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband
 der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände
 (DNR) e. V., Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49
 (0)30 / 678177570, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

In Kooperation mit: Grüne Liga Berlin e. V.,
 Tel. +49 (0)30 / 4433910, www.grueneliga-berlin.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kom-
 munikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München,
 Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de,
 www.oekom.de

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hih] (Deutsch-
 land, verantw.), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internatio-
 nales, verantw.). **Redaktion:** Juliane Grüning [jg], Mari-
 on Busch [mbu], Eric Janáček [ej], Stefanie Langkamp [sl],
 Antje Mensen [am]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Inga Bol-
 lert [ib], Fabian Carels [fc], Hannah Klocke [hk], Uta Klön-
 ne [luk], EU-Umweltbüro des Umweltdachverbandes
 [UWD]. **ökopädNEWS:** siehe S. 36

Kontakt/Probehefte: Redaktion umwelt aktuell, Marien-
 str. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177582,
 E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gotlind Blechschmidt, Augsburg.
Fotos: DLR (Titel), ©European Parliament/Pietro Naj-
 Oleari (S. 19). **Grafik/DTP:** Marion Busch, Juliane
 Grüning. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG,
 D-86399 Bobingen. Gedruckt auf Circleoffset White,
 100 % Recycling, von Arjowiggins/Igepa group.

Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang
Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: InTime
 Media Services GmbH, D-82034 Deisenhofen,
 Tel. +49 (0)89 / 85853-570, Fax -62570, E-Mail:
 oekom@intime-media-services.de, www.oekom.de

Anzeigen: oekom verlag, Tabea Köster, München,
 Tel. +49 (0)89 / 54418435, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von
 Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesand-
 tes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben
 nicht unbedingt die Meinung der Redaktion beziehungs-
 weise des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltminis-
 terium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Ge-
 währ für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit
 der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter.
 Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht
 mit denen der Förderer übereinstimmen.



Kurzinterviews: Daran arbeiten die anderen

Pläne und Projekte 2013

Das neue Jahr hat begonnen, die Akteure der Bildung für nachhaltige Entwicklung stecken schon wieder mitten in der Arbeit. ökopädNEWS hat nachgefragt: bei Heike Müller, Klaus Hübner, Marion Löwenfeld, Britta Demmer und Anke Valentin. Wir wollten wissen: 1) Welche Themen beschäftigen Sie in Ihrer Arbeit 2013? 2) Was scheint für Sie ein besonders interessantes Projekt im Bereich BNE zu werden? 3) Und was ist Ihr persönlicher Beitrag zur nachhaltigen Mobilität?

Antworten von Heike Müller

1) Im Jahr 2013 werde ich mich nach vier Jahren Leuchtpol im Rahmen meiner Arbeit beim UfU auch weiterhin mit der Thematik BNE in der Kita beschäftigen. In einem Pilotprojekt mit einem Berliner Kitaträger erproben wir die Verknüpfung von energiesparendem Gebäudemanagement mit nutzenbedingter Motivation zum Energiesparen und dem Aufgreifen von Nachhaltigkeitsthemen gemeinsam mit den Kindern. Wir streben an, dieses Projekt im Laufe des Jahres auf Kitas anderer Träger auszuweiten. Darüber hinaus werde ich Lernmodule auf dem solaren Schulschiff „Solarexplorer“ erproben. Das Schiff wird ab Frühjahr 2013 auf dem Werbellinsee fahren.

2) Mit der von uns entwickelten Mitmachausstellung „Energie gemeinsam wenden“ werde ich SchülerInnen an Mecklenburger Schulen verschiedene Aspekte der Energiewende anschaulich verständlich machen. Diese interaktive Ausstellung verdeutlicht, was es bedeutet, unsere Stromversorgung von fossilen auf erneuerbare Energieträger umzustellen. In Lernstationen und auf dem „Energiewendeteppich“ führen die Schüler und Schülerinnen Aktionen, Spiele und Experimente zu verschiedenen Themenfeldern der Energiewende durch. Sie erzeugen beispielsweise auf dem Energiefahrrad selbst Strom.

3) Ich persönlich verzichte aufs Fliegen, fahre viel Fahrrad und mit dem ÖPNV zur Arbeit und benutze das Auto höchstens einmal in der Woche.

▷ Heike Müller, Unabhängiges Institut für Umweltfragen (UfU), Fachgebiet Klimaschutz und Umweltbildung

Antworten von Klaus Hübner

1) Neben dem LBV-Schwerpunkt BNE im Elementarbereich, in dem wir zeigen, wie sich kindliche Kompetenzen und Werte mit Inhalten und Methoden der Bildung für nachhaltige Entwicklung fördern lassen, sind wir gerade dabei, Bildung für nachhaltige Entwicklung im Grundschulbereich näher zu untersuchen. Auftakt dieser Aktivitäten ist eine Tagung am 14. März 2013 im Zentrum für Umwelt und Kultur in Benediktbeuern, auf der wir mit Gerhard de Haan und anderen ReferentInnen dieser Frage nachgehen.

THEMENHEFT: PLÄNE 2013

2) Wir spüren gerade wieder eine Renaissance des Schulgartens in Bayern. Die Bewegung greifen wir mit dem Schulgartenwettbewerb des Bayerischen Umwelt- und Kultusministeriums auf, und zeichnen die Aktivitäten von Schulen in drei Kategorien aus.

Bewerben können sich nicht nur Schulen, die den Schulgarten im unmittelbaren Schulumfeld pflegen, sondern auch Schulen, die Biotope in der näheren Umgebung regelmäßig nutzen und in den Unterricht mit einbeziehen.

3) Ich will auf dem Weg zur Arbeit dem Fahrrad wieder verstärkt die Ehre geben – nicht nur aus Klima-, sondern auch aus Wohlgefühlgründen.

▷ Klaus Hübner, Leiter Referat Umweltbildung, Bildung zur Nachhaltigkeit/Freizeit, Landesbund für Vogelschutz in Bayern e. V. (LBV)

Antworten von Marion Löwenfeld

1) Themenschwerpunkte sind für uns Klima/Mobilität und Biodiversität im Kontext der Verankerung von BNE.

2) Ein spannendes Projekt wird die große Kooperationstagung zum Thema Mobilität und Klimaschutz am 24. April 2013 und der Abschluss des Klimabündnisses der ANU Bayern mit der Bayerischen Staatsregierung, in dessen Kontext neue Projekte zum Klimaschutz entstehen werden.

3) Die Anschaffung eines „Winterfahrrads“ mit Spikereifen und viel Freude beim Strampeln im Schnee.

▷ Marion Löwenfeld, Ökopjekt – MobilSpiel & 1. Vorsitzende ANU Bayern

Antworten von Britta Demmer

1) Klimaschutz ist in diesem Jahr wieder unser Hauptthema. Wir eröffnen in Kürze, am 15. März, unsere neue Ausstellung „Auf der Suche nach dem Klimaglück“ im Kinder- und Jugendmuseum EnergieStadt. Im Juni wird dann im Außengelände unser KlimaPark eröffnet mit neuen interaktiven Erlebnisstationen zum Thema Klimawandel und klimafreundlichem Verhalten. Das NaturGut Ophoven leitet außerdem ein Energiesparprojekt an Leverkusener Schulen und Kindergärten. Rund 40 Einrichtungen nehmen an „energieLux – Klimaschutz in Leverkusener Schulen und Kindergärten“ teil. Im Internet zu finden unter: www.energieLux.de.

2) In unserer Kampagne „Klimaschutz – Jeder, jeden Tag“, mit Informationen und Tipps für die Bevölkerung, bearbeiten wir

BLICKPUNKT

Bildung für die Zukunft

Fusion von Bildung und Entwicklung in der Schweiz

Seit 1. Januar 2013 führt die neue Stiftung *éducation21* die bisherigen Angebote der Stiftung Bildung und Entwicklung (SBE) und der Stiftung Umweltbildung Schweiz (SUB) weiter, orientiert sie neu und entwickelt weitere Angebote. Als nationales Kompetenz- und Dienstleistungszentrum von Bund, Kantonen und Zivilgesellschaft fördert *éducation21* die Umsetzung der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in der Schweiz.

éducation 21

Seit 1. Januar hat die Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in der Schweiz ein neues Domizil: *éducation21*. Im Auftrag der Kantone, des Bundes und der Zivilgesellschaft unterstützt *éducation21* die Umsetzung und Verankerung von BNE. Sie löst die bisherigen Stiftungen Bildung und Entwicklung (SBE) und Umweltbildung Schweiz (SUB) mit ihren Schwerpunkten globales Lernen und Umweltbildung ab. Hinzu kommen Gesundheit, politische Bildung inklusive Menschenrechte und Wirtschaft. *Éducation21* will dazu beitragen, Kinder und Jugendliche auf ihre Zukunft in einer immer komplexer werdenden Welt vorzubereiten. Sie knüpft damit an die Lehrplanentwicklung an, weil mit der Integration von BNE dasselbe Ziel verfolgt wird.

Die neue Stiftung ist als Dienstleistungszentrum auf nationaler, sprachregionaler, kantonaler und schulischer Ebene aktiv. Sie darf auf die Erfahrung der rund 40 Mitarbeitenden der beiden bisherigen Stiftungen zählen. In der neuen Struktur arbeiten diese in interdisziplinär zusammengesetzten Teams, die mit den BNE-Akteuren auf allen Ebenen des Bildungssystems und der Zivilgesellschaft gut vernetzt sind. Die Finanzierung wird durch Beiträge des Bundes, der Kantone und der Zivilgesellschaft sowie durch selbst erwirtschaftete Mittel gewährleistet.

Bildung auf allen Ebenen

Lehrpersonen und Schulleitungen finden bei *éducation21* vielfältige Unterstützung. Dazu gehören etwa pädagogisch geprüfte Unterrichtsmedien, die auf einer Datenbank zusammengestellt und zum Verkauf angeboten werden. Ebenso bietet die Stiftung Orientierung und Beratung bei Schul- und Klassenprojekten an.

Diese können von verschiedenen thematisch orientierten Finanzhilfen profitieren, die unter dem gleichen Dach koordiniert werden. Auf ihrer Webplattform erschließt *éducation21* nicht nur die eigenen Angebote, sondern auch die Angebote anderer im Bereich der BNE-tätigen Akteure. Das gegenwärtig noch auf verschiedenen Internetseiten dokumentierte Dienstleistungsangebot im Bereich BNE soll so künftig auf einer einzigen gut zugänglichen Datenbank abrufbar sein.

Abgerundet werden diese Unterstützungsmaßnahmen durch eine Zusammenstellung von erfolgreich durchgeführten Schulprojekten: Sie vermitteln Anregungen für eigene Aktivitäten; zudem erleichtern Themendossiers die Gestaltung und Vorbereitung des Unterrichts.

Auf der Ebene der Aus- und Weiterbildung arbeitet *éducation21* mit den pädagogischen Hochschulen und anderen Aus- und Weiterbildungsstätten für Lehrpersonen zusammen. Lehrpersonen sollen bereits in der Ausbildung mit Prinzipien, Werten, Methoden und Praktiken der BNE vertraut werden und entsprechende Kompetenzen aufbauen. Die Arbeit in Netzwerken und eine eigene Entwicklungsabteilung sorgen dafür, dass künftig das zum Teil noch fehlende gemeinsame Verständnis für BNE weiterentwickelt werden kann. **[Christoph Frommherz]**

▷ www.education21.ch

ganz unterschiedliche Themen im Bereich des Klimaschutzes: Ernährung, Mobilität, Konsum und Energiesparen.

3) Mein ganz persönlicher Beitrag zur nachhaltigen Mobilität ist, dass ich im Stadtbereich ausschließlich das Fahrrad benutze und auf Urlaubsreisen mit dem Flugzeug verzichte.

▷ Britta Demmer, NaturGut Ophoven

Antworten von Anke Valentin

□ 1) Pädagogisch arbeiten wir mit den Themen Energie, Ressourcenschutz/Elektronikschrott, biologische Vielfalt und globales Lernen.

2) Methodisch orientieren wir uns an BNE, thematisch konzentrieren wir uns auf Teilbereiche: globales Lernen in der Kita – Fortbildungsprojekt mit ErzieherInnen sowie Multiplikatorenschulungen, und eine Radiowerkstatt mit Jugendlichen zum Thema Ressourcenschutz und Planspielen mit Jugendlichen zu Nutzungskon-

flikten im Wald. Außerdem bieten wir ein pädagogisches Begleitprogramm bei der Einführung von Energiesparmodellen an Schulen und Kitas an.

3) Der Wissenschaftsladen unterstützt Jobtickets der MitarbeiterInnen, indem er 50 Prozent der Kosten trägt. Zudem bauen wir gerade einen Bereich aus, um Fahrräder sicher abzustellen, weil ein Drittel der Belegschaft mit dem Rad zur Arbeit kommt.

▷ Anke Valentin, Wissenschaftsladen Bonn

AUS ANU UND UMWELTZENTREN

ANU-Bundesverband

Neue Adresse

□ Die ANU-Bundesgeschäftsstelle ist umgezogen und ab sofort unter neuer Adresse zu erreichen. Bitte wenden Sie sich an: Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung Bundesverband e.V., Kasseler Str. 1a, 60486 Frankfurt/Main. Das neue Büro befindet sich, zusammen mit rund 50 weiteren sozialen und ökologischen Initiativen, Unternehmen und einem Tagungszentrum im Ökohaus Arche, direkt am Frankfurter Westbahnhof. Telefonisch sind die MitarbeiterInnen unter der Nummer 069 / 71673329-0 zu erreichen.

▷ www.umweltbildung.de

Leuchtpol

Erfolgreicher Projektabschluss

□ Die Leuchtpol gGmbH, Tochtergesellschaft des ANU-Bundesverbandes, hat zum Jahresende ihre Arbeit eingestellt. Unter dem Motto „Energie und Umwelt neu erleben“ hat Leuchtpol zwischen 2009 und 2012 bundesweit ErzieherInnen aus 4.000 Kitas fortgebildet und so rund 50.000 Kinder und deren Familien in Kontakt mit Bildung für nachhaltige Entwicklung gebracht. Die innovative Wanderausstellung „Die Kuh im Kühlschrank“ kann über den Verlag „Das Netz“ aber weiter ausgeliehen werden. Im ersten Halbjahr 2013 werden noch vier Veröffentlichungen mit den Materialien und Ergebnissen erscheinen. Die gGmbH ruht zwar derzeit, bleibt aber für neue Projekte bestehen und ist unter Leuchtpol gemeinnützige Gesellschaft zur Förderung von Umweltbildung im Elementarbereich mbH, Kasseler Str. 1a, 60486 Frankfurt/Main und telefonisch unter Tel. 069 / 7163329-50 zu erreichen.

▷ www.leuchtpol.de

Klimahaus® Bremerhaven 8° Ost

Global lernen – zukunftsfähig handeln

□ In seinem 2. Bildungsforum am 6. und 7. März 2013 lädt das Klimahaus® Bremerhaven 8° Ost Lehrkräfte aller Schulformen, Mitarbeitende in Kindertageseinrichtungen, aus Erwachsenenbildungsinstituten sowie Pädagogen aller Fachrichtungen ein, die Verankerung von globalem Lernen im schulischen und außerschulischen Kontext zu diskutieren. Wie ist globales Lernen in außerschulischen und schulischen Kontexten gegenwärtig verankert? Welche Anforderungen muss das deutsche Bildungssystem erfüllen, um erfolgreich an der Transformation zu einer zukunftsfähigen Gesellschaft mitzuwirken? Wie sehen konkrete Umsetzungsmöglichkeiten aus, und welche Schwierigkeiten stellen sich dabei? Antwort auf diese und andere Fragen gibt das 2. Bildungsforum in Form von Fachvorträgen, Praxisbeispielen und Workshops. Auf dem begleitenden Ausstellerforum präsentieren sich unter anderem nationale und internationale Bildungsinstitutionen, Einrichtungen aus verschiedenen Bildungsbereichen sowie Anbieter rund um das Thema Klassenfahrten.

▷ www.klimahaus-bremerhaven.de

NaturGut Ophoven

Erlebnisausstellung „EnergieStadt unterwegs“

□ Das Umweltbildungszentrum NaturGut Ophoven in Leverkusen wird am 15. März seine neue Erlebnisausstellung „EnergieStadt unterwegs – Auf der Suche nach dem KlimaGlück“ im Kinder- und Jugendmuseum EnergieStadt eröffnen. Kinder und Erwachsene begeben sich dort auf die Suche nach dem Glück in unserer Welt und können so begreifen, dass der Klimawandel nicht nur über das Wetter entscheidet, sondern bereits jetzt in starkem Maße das Leben vieler Menschen auf der

Welt beeinflusst. Parallel zur Ausstellung wurden auch pädagogische Angebote für Kindergärten und Grundschulen sowie für Kindergeburtstage entwickelt.

▷ www.naturgut-ophoven.de

ANU Hamburg

Klimaneutrale Bildungsveranstaltung

□ Nur rund acht Euro kostete die Kompensation der nicht vermeidbaren CO₂-Emissionen einer bereits weitgehend klimafreundlich gestalteten Veranstaltung mit 30 Teilnehmenden. Kosten und Arbeitsaufwand halten sich in Grenzen – und man kann die Teilnehmenden gezielt zum Mitmachen anregen. Die ANU Hamburg stellte nun das Ergebnis einer Tagung über klimaneutrale Bildungsveranstaltungen ins Netz. Auf der Website finden sich Präsentationen aller Vorträge, u.a. zu den Prinzipien der CO₂-Kompensation und dem sog. „Gold Standard“, zu Kompensationsmöglichkeiten wie der „Klimakollekte“ oder der „MoorFuture-Aktie“ aus Mecklenburg-Vorpommern. Dazu gibt es eine Checkliste und einen Leitfaden zur Durchführung klimaneutraler Veranstaltungen.

▷ www.anu-hamburg.de/6247.html

ANU Hessen

Aktion „Blaue Tafel“ – Dinner for (one) all!

□ Das Essen teilen, hier und mit der ganzen Welt! Viele Menschen in Hessen setzten sich an die Tische mit den blauen Decken, um sich über Ernährungsweisen und globale Gerechtigkeit auszutauschen. Zu dieser tollen Aktion hatten die ANU Hessen und das Netzwerk „Nachhaltigkeit lernen in Frankfurt“ in Zusammenarbeit mit Umweltlernen in Frankfurt und dem Stadtschulamt eingeladen. SchülerInnen

Frankfurter Schulen sowie Gäste waren eingeladen, mitten in der Stadt ihre Projekte zu präsentieren, zusammen mit dem Aktionskoch Wam Kat Essen zuzubereiten und gemeinsam zu essen.

- ▷ www.bne-frankfurt.de/jahresthemen/ernaehrung-2012/aktionen-ernaehrung

WISSENSWERT

Preis des Deutschen Kinderhilfswerks

Goldene Göre

Ab sofort sind Bewerbungen um die Goldene Göre des Deutschen Kinderhilfswerkes möglich. Ausgezeichnet werden Projekte, die Kinder und Jugendliche beispielhaft an der Gestaltung ihrer Lebenswelt beteiligen. Die Vorhaben sollen bereits begonnen haben oder im letzten halben Jahr abgeschlossen worden sein. Für die Endauswahl werden die Projekte durch eine Fachjury nominiert. Danach wird der Kinder- und Jugendbeirat des Deutschen Kinderhilfswerkes als Kinderjury die Preisträgerinnen und -träger ermitteln. Die sechs besten Projekte für die Endauswahl werden zur Preisverleihung in den Europa-Park in Rust eingeladen, um ihr Projekt auf der Bühne vorzustellen. Die GewinnerInnen des ersten Platzes erhalten ein Preisgeld in Höhe von 5.000 Euro, der zweite Platz ist mit 3.000 Euro, der dritte Platz mit 1.000 Euro dotiert. Zusätzlich gibt es einen Leserpreis in Höhe von 1.000 Euro. Bewerbungsschluss ist der 15. Februar 2013.

Um die Nachhaltigkeitsbildung weiterzuentwickeln und zu verstetigen, ein qualifiziertes und übersichtliches Bildungsangebot zu schaffen und die Synergieeffekte eines Netzwerks entstehen zu lassen, haben sich das Umweltzentrum und Gartenkultur Fulda e. V. mit dem Biosphärenreservat Rhön, dem Staatlichen Schulamt Fulda und dem Verein Zukunft Bildung Region Fulda zusammengeschlossen. Das Netzwerk unterstützt unter anderem beim Qualitäts-

management, durch Fortbildungsangebote und durch das Angebot der Zertifizierung als Bildungsträger für nachhaltige Entwicklung.

- ▷ www.dkhw.de/goldenegoere

Deutsche Umweltstiftung

éducation21

Ab 1. Januar 2013 treten die Stiftung Bildung und Entwicklung (SBE) und die Stiftung Umweltbildung Schweiz (SUB) sowie die Fachstelle Filme für eine Welt unter dem neuen Namen **éducation21** gemeinsam auf (siehe „Blickpunkt“, S. 34). Der Themenhorizont verbreitert sich – zu globalem Lernen und Umweltbildung kommen Gesundheit, Wirtschaft, Demokratie- und Menschenrechtslernen neu hinzu – und weitet sich zu Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE). Die neue Stiftung fokussiert ihre Arbeit als nationales Kompetenzzentrum auf die Volksschule und die Sekundarstufe II. Aus- und Weiterbildung von Lehrpersonen sowie Beratungs- und Materialangebote fördern ein gemeinsames Verständnis von BNE und die praxisgerechte Umsetzung im Schulalltag.

- ▷ www.education21.ch

Universität Koblenz-Landau

Weiterbildungen für Berufstätige

Die Universität Koblenz-Landau bietet zum Sommersemester 2013 erneut zwei halbjährige Weiterbildungen für Berufstätige im Umweltsektor an: den Fernstudienkurs „Europäisches Umweltrecht“ sowie den Fernstudienkurs „Betriebliches Umweltmanagement und Umweltökonomie“. Die Kurse wenden sich vorwiegend an Akademiker, die beruflich mit Fragen des Umweltrechts und/oder des Umwelt- und Nachhaltigkeitsmanagements

befasst sind. Sie vermitteln grundlegende wie weiterführende Kenntnisse in diesen Themenfeldern und greifen aktuellste Entwicklungen auf, die für viele Unternehmen und andere Organisationen perspektivisch an Bedeutung gewinnen werden. Die Kurse starten im April 2013, Anmeldeschluss ist der 15. März 2013.

- ▷ www.uni-koblenz-landau.de/

UMWELTBILDUNGS-VERANSTALTUNGEN

Weitere aktuelle Termine finden Sie im Internet unter www.umweltbildung.de. Dort können Sie Ihre Termine auch selbst kostenlos einstellen.

26.02., München

Natur erfahren – Nachhaltigkeit erleben. Natur im Kontext der Bildung für nachhaltige Entwicklung. Seminar.

Themen sind BNE als Basis von Naturerfahrung, erweitert um wirtschaftliche Aspekte, soziale Fragen und kulturelle Ausprägungen mit Blick auf lokale und globale Zusammenhänge. Workshops zu Wasser, Wiese, Wald vermitteln Methoden und Zugangsweisen.

- ▷ www.mobilspiel.de/oekoprojekt

28.02.–03.03, Rott/Westerwald

Existenzgründung mit Umweltbildung. Seminar.

Das Seminar zeigt Chancen und Anforderungen der selbstständigen Arbeit auf und gibt einen Überblick über die notwendigen Schritte bei der Existenzgründung.

- ▷ www.crenatur.de

Impressum **ökopädNEWS**

Herausgeber

ANU

Arbeitsgemeinschaft
NATUR- UND UMWELTBILDUNG
Bundesverband e.V.

Redaktion

Lisa Hübner (verantwortl.), oekopaednews@anu.de;
Olaf Rother, rother@anu.de

ANU-Bundesverband Deutschland e. V.,
Kasseler Straße 1, D-60486 Frankfurt/M.,
Tel. +49 (0) 69 / 716 733 29 - 0
bundesverband@anu.de, www.umweltbildung.de